Monatsspiegel

Adressaufkleber

Januar 2020

SPD Erlangen

Die Kraft der Geschichte spüren

Von Sandra Radue
Stellvertretende
Kreisvorsitzende

Als ich Anfang Dezember, wie sicher einige von Euch, den Bundesparteitag verfolgte, stellte ich mir - angeregt von Kevin Kühnerts Rede - die Frage "Warum machen wir eigentlich Politik?" Diese Frage beantwortet sich für mich immer dann, wenn ich in die Geschichte der SPD zurückblicke. Eigentlich muss sie heißen "Für wen machen wir Politik in unserer Partei?" Partei ergreifen - das bedeutet, ganz klar zu erkennen, dass es in unserer Gesellschaft Widersprüche und Ungerechtigkeiten gibt. Und wir wollen uns auf die Seite der Menschen stellen, die unter diesen Ungerechtigkeiten leiden. Wir wollen ihr Sprachrohr sein. Und wir wollen das Leben dieser Menschen ein Stück besser machen. Seit 150 Jahren ist dies das Ziel unserer Partei. Dafür bin ich in die SPD eingetreten.

"Die heutigen sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit größter Energie zu bekämpfen." So lautet der erste der Grundsätze der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) im 1869 beschlossenen Programm in Eisenach. Grundsätze, für die jedes Mitglied der Partei sich mit ganzer Kraft einsetzen sollte. Kaum ein halbes Jahr später, am 30. Januar 1870, gründete sich in Erlangen der Social-demokratische Arbeiterverein und ordnete sich der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten SDAP zu. 150 Jahre später dürfen wir das Jubiläum unserer stolzen Partei feiern: Einer Partei, die sich gegründet hatte, um die teils miserablen Lebensumstände der Arbeiter*innen zu verbessern, die von Anfang an Repressionen ausgesetzt war, durch die Sozialistengesetze rasch verboten und deren Mitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus grausam verfolgt wurden -- und trotzdem immer wieder zur gestaltenden Kraft in unserem Land und in unserer Stadt wurde. Eine Partei die bedeutende Persönlichkeiten hervorgebracht hat. Und eine Partei, die seit 2014 mit Oberbürgermeister Florian Janik an der Spitze die Geschicke unserer Stadt prägt und Prosperität und Zusammenhalt für unsere Stadt gestaltet.

Wenn wir an die eindrucksvolle Vergangenheit unserer Partei erinnern, spüren wir die Kraft der Geschichte. Die Kraft, die vom Mut der vielen Frauen und Männer ausgeht, die die Idee der Sozialdemokratie über 150 Jahre durch Höhen und Tiefen getragen haben. Wir spüren

Fortsetzung auf Seite 3

08.01.	18:30	Disgtrikt Anger-Bruck	Angerwirt	S. 25
14.01.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 26
14.01.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 25
15.01.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 25
23.01.	20:00	Kreisvorstand	Thalermühle	
29.01.	15:00	AG60Plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
31.01.	18:00	Ehrungsveranstaltung	E-Werk	S. 3
31.01.	20:00	Parteijubiläum	E-Werk	S. 28

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	07:00 bis 10:30 Uhr
Dienstag	07:30 bis 11.30 Uhr
Mittwoch	14:00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag	07:30 bis 10:30 Uhr
Freitag	14:00 bis 16:00 Uhr

und nach Absprache

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 17:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, David Buchholz, Anette Christian, Monika Fath-Kelling, Florian Janik, Heide Mattischeck, Dieter Rosner, Harry Schreyer, Mark Schuster, Martina Stamm-Fibich,

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth
Auflage: 700 Stück

aber auch die Kraft, wenn wir die Widersprüche in der Geschichte der SPD klar benennen, etwa in den schwierigen Entwicklungen zu Beginn der Weimarer Republik, und wenn wir dabei nicht über Handelnde richten, sondern versuchen, ihr Handeln und ihre Überzeugungen zu verstehen.

Wenn wir uns den eingangs zitierten Grundsatz vor Augen führen, dann wird auch klar, wie aktuell die Gründungsziele der Sozialdemokratie noch immer sind: Ja, der SPD ist es ganz wesentlich zu verdanken, dass die Menschen in unserem Land von Untertanen zu Staatsbürger*innen geworden sind. Es ist der SPD zu verdanken, dass wir heute in einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat leben. Und trotz all dieser Erfolge ist soziale Gerechtigkeit weder in unserem Land und -- das gilt ganz besonders -- noch weltweit erreicht. Unsere Partei war immer dann stark, wenn sie im Hier und Jetzt für konkrete Verbesserungen gekämpft hat, wenn sie diese Erfolge gefeiert hat aber dabei dennoch nicht das große Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft aus den Augen verloren hat. Die SPD war dann stark, wenn sie um diesen Weg gerungen hat.

Dieses Ringen braucht die SPD auch heute wieder. Wir sind nicht allwissend und auf der Suche nach dem besten Weg passieren auch Fehler. Unsere Partei ist in der Lage, diese zu erkennen und zu korrigieren. Darauf vertraue ich nach dem letzten Parteitag umso mehr. Das Motto “In die neue Zeit” weist darauf hin.

Und wenn wir auch in der Vergangenheit immer wieder mit großer Unzufriedenheit und Verdruss auf die eine oder andere Entscheidung aus Berlin geblickt haben - Lasst uns dabei eines nicht vergessen: Die Partei, das sind nicht (nur) Vorstand, Minister*innen und Mandatsträger*innen - die Partei trägt das Gesicht von uns allen. Lasst uns in diesem Jubiläumsjahr den Stolz, den wir zu Recht auf die älteste demokratische Partei Deutschlands haben können, nach außen tragen. Lasst uns am 31. Januar eine tolle Geburtstagsparty miteinander feiern. Und lasst uns allen zeigen, dass die SPD nicht nur in der Vergangenheit das Leben der Menschen zum Besseren verändern konnte. Sie kann dies immer noch. Und wer, wenn nicht wir sollte dies durchsetzen.

150 Jahre SPD Erlangen Geschichten aus der Geschichte

Genossinnen und Genossen erzählen:

50 Jahre Mitglied in einer 150 Jahre alten Erlanger SPD

Von Heide Mattischeck

Von den 150 Jahren die die Erlanger SPD heute auf dem Buckel hat, habe ich 50 Jahre davon aktiv miterlebt und auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlichen Funktionen mitgestalten dürfen. Wir, die für viele Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt werden, wurden gebeten, einige besondere Erfahrungen, Höhepunkte und Enttäuschungen zu schildern. Dem will ich gerne nachkommen.

Als ich 1969 den Entschluss gefasst hatte, in die SPD einzutreten, wusste ich wohl, dass dies eine alte Partei mit einer langen Tradition war, genauere Kenntnisse hatte ich aber nicht. Ohne dieses Wissen und auch ohne konkrete Vorstellung, wie so eine Partei eigentlich funktioniert und was mich erwarten würde, erklomm ich die steile Treppe zum SPD-Büro in der Nürnberger Straße 10 und trug dem damaligen Unterbezirksgeschäftsführer, dem unvergessenen Hanni Ermann, meine Absicht vor. Das Ambiente im Parteibüro entsprach durchaus dem Alter der Partei. Es fehlte eigentlich nur die Arbeiter-Ballonmütze am Kleiderhaken.

Was hatte mich zu diesem Schritt be-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Ehrungsveranstaltung

Zur Ehrung langjähriger Mitglieder mit anschließendem Parteijubiläum

am Freitag, 31. Januar 2020, 18:00 Uhr
E-Werk, großer Saal, Fuchsenwiese 1

Wir freuen und auf einen schönen Abend mit euch!

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

wogen? Im vergangenen Jahr war 1968 in aller Munde; Rückblicke auf die Ereignisse vor 50 Jahren füllten die Zeitungen, viele Veröffentlichungen beschäftigten sich mit den Studenten-Protesten. Die Umbrüche, die davon ausgingen, haben das gesellschaftliche und politische Leben in unserem Land grundlegend verändert. Wie in anderen Universitätsstädten auch, war in Erlangen der Ruf nach Veränderung zu hören – „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren".

Vor allem aber wünschte ich mir, dass der von mir sehr geschätzte Willy Brandt, seit 1966 Außenminister einer großen Koalition mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler, uns aus dieser Koalition hinausführen würde. Das wurde Wirklichkeit. Nach einem sehr emotionalen Wahlkampf „Willy wählen" gewann die SPD 1969 - mit breiter Unterstützung einer bundesweit agierender Wählerinitiative, die auch in Erlangen eine wichtige Rolle spielte – die Bundestagswahl. Willy Brandt wurde Bundeskanzler. Ein herausragendes Thema im Wahlkampf war eine neue Ostpolitik, die Überwindung der Sprachlosigkeit zwischen Ost und West, wofür die SPD und Willy Brandt zwar auf Begeisterung bei Vielen, aber auch auf strikte Ablehnung von Seiten der CDU/CSU, bei den Vertriebenenverbänden und anderen stießen. Als „5. Kolonne Moskaus" wurde die SPD verunglimpft.

Ich war mit meinem Anfang in der Partei zufrieden – einen besseren Start hätte ich mir nicht wünschen können. Und es ging gut weiter. Ich wurde als Kassiererin Mitglied des Vorstands und war als Neuling an den nun beginnenden Vorbereitungen für die bevorstehende OB-Wahl 1971 und dann die Kommunalwahl 1972 bereits aktiv beteiligt. Karl-Heinz Hiersemann, zwar jünger an Jahren, aber bereits erfahrener im Parteigeschehen, war mir ein guter Lehrmeister. Überhaupt war das Hineinfinden in eine ungewohnte Umgebung eine positive Erfahrung. Es war nicht nur die gemeinsame Arbeit, die Diskussionen, die durchaus kontrovers verliefen. Auch das damals übliche gemeinsame „Bier nach der Sitzung" hat uns zusammen geschweißt. Der Zusammenhalt, gemeinsame Ziele und der solidarische Umgang miteinander waren eine gute neue Erfahrung.

Es folgten wunderbare Jahre: Der überwältigende Erfolg bei der Kommunalwahl 1972. Dietmar Hahlweg wurde Oberbürgermeister und die SPD erreichte die absolute Mehrheit der Sitze im Stadtrat. Die Fraktion war eine gute Mischung aus alten Erlangern und gestandenen Genossen wie Waldemar Heinlein, Oskar Söllch und Bruno Seitz und den jungen, meist zugereisten neuen GenossInnen. Der 24köpfigen Fraktion gehörten drei Frauen an: Ursula Rechtenbacher, Anke Riefers und ich. Nicht, dass es in der Fraktion nicht auch durchaus kontroverse Diskussionen gegeben hätte. Nicht alle waren von den Fahrradvisionen des OB begeistert, nicht alle von den „spinnerten" Kulturideen, die ich als Großstädterin in die Diskussion einbrachte. Da stießen schon Welten aufeinander. Aber wir haben uns zusammengerauft und Erfolg gehabt. Dreimal wurde D.H. als OB wiedergewählt, eine absolute Mehrheit erreichte die Fraktion nicht wieder, konnte jedoch mit wechselnden Mehrheiten viele Jahre die Geschicke der Stadt erfolgreich gestalten.

Die Erinnerung an 19 Jahre aktiver Kommunalpolitik gilt – das sei mir an dieser Stelle erlaubt – vor allem jenen Personen, die ich durch diese Arbeit kennen- und schätzen gelernt habe. Ich denke an den viel zu früh verstorbenen Karl-Heinz Hiersemann, an Waldemar Heinlein, Rudi Schwarzenbach, Dietmar Habermeier und Helmut Pfister, an Harald Krebs und Norbert Fuchs. Es sind nicht mehr so viele, mit denen ich mich über jene Zeit austauschen kann: Ursel Rechtenbacher, Dietmar Hahlweg, Willi Gehr. Um nicht falsch verstanden zu werden: wir tauschen uns vor allem über aktuelle Probleme aus, aber wir haben nun mal eine gemeinsame erfolgreiche Vergangenheit, die uns verbindet.

Ich mache hier einen Schnitt. Nach beinahe 20 Jahren engagierter Kommunalpolitik wurde ich gefragt, ob ich mir eine Kandidatur für die Bundestagswahl im Jahre 1990 vorstellen könnte. Ich konnte mir das vorstellen, und so wurde ich am 9. November 1989 mit großer Mehrheit zur Kandidatin nominiert. Dass dieser Tag ein historischer werden würde, war uns an diesem Abend nicht bewusst – gab es doch weder Smartphone noch andere heute übliche Kommunikation. Der Fall der Mauer und die Folgen veränderten beinahe alles. Es ist weitgehend unbestritten, dass die folgenden Ereignisse Helmut Kohl noch einmal den Erfolg bei der Bundestagswahl brachten.

Ich wurde zur Bundestagsabgeordneten gewählt. Zwei kleine Begebenheiten kurz nach meiner Wahl will ich erwähnen, weil sie mir unvergessen sind. Die

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.01. Gerd Antos
70 Jahre

01.01. Narendra DevPaliwal
80 Jahre

04.01. Ehrhard Peiberg
77 Jahre

05.01. Christa Matern
69 Jahre

06.01. Peter-Gerd Gollwitzer
72 Jahre

09.01. Reinhold Eckstein
70 Jahre

24.01. Jörg Plorin
76 Jahre

29.01. Manfred Wolter
76 Jahre

Konstituierung des neuen Bundestages fand im Reichstag in Berlin statt. Ich stieg an der S-Bahn-Station „Unter den Linden“ aus und konnte durch das nun offene Brandenburger Tor zum Reichstag laufen. Wie viele Jahrzehnte hatte ich mir ein offenes Brandenburger Tor gewünscht. Schon vorher fand – wie üblich – ein ökumenischer Gottesdienst in der Marienkirche statt. Dort empfing uns eine große Anzahl Studierender, die gegen die Abwicklung von Professoren an der Humboldt-Universität protestierten. Eine für mich ungewohnte Situation, hatte ich bisher eher zu den Protestierenden gehört.

Große Freude, als wir nach 16 Jahren Kohl bei der Bundestagswahl 1998 endlich die Nase vorn hatten und eine Koalition mit den Grünen bilden konnten. Es waren durchaus erfolgreiche Jahre in dieser Konstellation – zukunftsweisende Projekte wurden auf den Weg gebracht: Ökosteuer, Atomausstieg u.v.a.m. Nach 3 Legislaturperioden habe ich nicht erneut für den Bundestag kandidiert, mich aber weiterhin gerne in und für die SPD engagiert: Als Schatzmeisterin der BayernSPD, in der Bundeskontrollkommission, im Unterbezirk.

Nach einer längeren Durststrecke für die Erlanger SPD war das Jahr 2014 ein Wendepunkt. Florian Janik erzielte als OB-Kandidat auf Anhieb ein tolles Ergebnis und trug in der notwendigen Stichwahl den Sieg davon. Das war von uns allen sehnlichst erwünscht, aber dann doch überraschend in der Deutlichkeit des Ergebnisses. In drei Monaten ist es wieder soweit – es liegt noch ein Stück Arbeit vor uns, damit die erfolgreiche Politik von Floh und unserer Fraktion fortgesetzt werden kann.

Gelitten habe ich in den letzten Jahren unter den immer schlechter werdenden Wahlergebnissen meiner SPD und unter den vielen Fehlern, die gemacht wurden, unter dem Verschleiß führender GenossInnen, unter oft wenig solidarischem Verhalten ihnen gegenüber.

Ganz schwer zu ertragen ist, dass heute im Bundestag Abgeordnete sitzen, die man z.T. als Nazis bezeichnen kann. Und solche, die im Bundestag sagen dürfen, dass man die SPD vernichten muss.

Meiner Partei auf Bundestagsebene wünsche ich nach einem guten Verlauf des Parteitags Anfang Dezember erfolgreiches Gelingen bei all dem, was sich die neue Führung vorgenommen hat - vielleicht schaffen wir wieder einmal eine richtige Aufbruchstimmung!

Wie mich Ludwig Stiegler einmal aus einer brenzligen Situation rettete

Von Dieter Rosner

Ich bin 1984, also vor 35 Jahren in die SPD eingetreten. Damals war ich 19, hatte als katholisches Arbeiterkind aus der ländlichen Oberpfalz gerade mein Abitur gemacht. Möglich war das alles nur, weil ich Bafög bekommen habe – eine sozialdemokratische Errungenschaft, für die ich heute noch sehr dankbar bin. In Konnersreuth, wo ich geboren und aufgewachsen bin, waren damals 100 Prozent katholisch und davon 75 Prozent für die CSU. Da war es für mich und einige meiner gleichaltrigen Freunde schon ein fast schon revolutionärer Akt, in die SPD einzutreten. Ich weiß also, was Leidensfähigkeit heißt und lasse mich deswegen auch nicht so schnell entmutigen.

So richtig politisiert worden bin ich erst nach meinem Abitur. Ich habe ziemlich wütend gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf mitgekämpft. Die Erfahrungen mit der damaligen politischen CSU-Mehrheit und der Indienstnahme der Staatsmacht haben mich ziemlich desillusioniert und mich für ein aktives und offensives politisches Engagement motiviert.

Wie viele meiner Altersgenossen bin ich vor allem an den Wochenenden mit dem Bus aus der nördlichen Oberpfalz Richtung Wackersdorf zu Demonstrationen aufgebrochen – nicht selten begleitet vom Verfassungsschutz, der uns regelmäßig beobachtet und gefilmt hat.

Im Dezember 1985 wurde ein Hüttendorf auf dem WAA-Gelände errichtet. Etwa 1000 Menschen übernachteten bei klirrender Kälte. Zwei Tage später wurden beim bis dahin größten Polizeieinsatz Bayerns das Gelände von 3700 Polizei- und Bundesgrenzschutzbeamten geräumt. Hunderte wurden vorübergehend festgenommen.

Bei einer der vielen Demos bin ich auch von der Polizei eingekesselt worden. Ludwig Stiegler, damals Bundestagsabgeordneter in meinem Unterbezirk Weiden war zum Glück vor Ort. Er hat sehr massiv mit seinem Ausweis gewunken und den Polizisten klar gemacht, dass eine ganze Gruppe von jungen Leuten zu ihm gehöre. Und tatsächlich ist es ihm damit gelungen, eine Gruppe - darunter auch mich - aus dem Kessel rauszuholen. Ein prägendes Erlebnis, das ich heute als Anekdote aufschreiben kann - lustig finde ich es dennoch immer noch nicht. Die Erfahrungen am Bauzaun in Wackersdorf haben mich eines gelehrt: Demokratische Grundrechte müssen verteidigt werden. Und mit Blick auf die heutige Zeit ist es dringend notwendig in der erste Reihe zu stehen und laut und offensiv demokratische Grundrechte gegen Rechts zu verteidigen.

Meine Geschichte mit der Geschichte

Von Sandra Radue

Mein liebster SPD-Termin im Jahr ist eigentlich immer die Ehrung der langjährigen Mitglieder. Der Rückblick in die Geschichte führt oft die Errungenschaften der Sozialdemokratie vor Augen. Und besonders bei den Genossinnen und Genossen, die schon länger dabei sind, als ich alt bin, sind die persönlichen Erinnerungen eine unglaubliche Bereicherung.
Als ich im Jahr 2007 stellvertretende Vorsitzende des Distrikts Anger war, hatte ich die große Ehre eine ganz besondere Ehrung vorzunehmen. Die Älteren unter Euch erinnern sich bestimmt: Georg „Schorsch“ Fellner wurde an seinem 94. Geburtstag für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. 80 Jahre! Im Jahr 1927 war er an seinem 14. Geburtstag der sozialistischen Arbeiterjugend beigetreten. Von den Repressalien, die SPD-Mitglieder unter den Nationalsozialisten zu erdulden hatten, konnte er eindrucksvoll berichten. Den Krieg hatte er am eigenen Leib erlebt und war bis 1949 in russischer Gefangenschaft. Die Jahre des Wiederaufbaus, Wirtschaftswunder, Demokratisierung, wechselnde Kanzler und Regierungen – Schorsch Fellner war ein lebendiges Geschichtsbuch. Beeindruckend war für mich vor allem, mit welchem Engagement er bis ins hohe Altern hinein seinen Kreisverband und seinen Distrikt vertrat. Und immer wieder sorgte ein klares Wort von ihm in der Distriktsitzung für Orientierung. Die Interessen von Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen waren ihm dabei ein besonderes Anliegen.
Als wir an diesem Oktoberabend zusammen saßen und alle Reden gehalten waren, kam Schorsch wieder einmal ins Erzählen. Und seine persönlichen Erlebnisse führten mir einmal mehr vor Augen, dass meine politische Arbeit ihre Wurzeln in den Errungenschaften der alten Genossinnen und Genossen hat. Dieses Hand-in-Hand der Generationen, das Voneinander-Lernen und der gegenseitige Respekt sind für mich in unserer Partei einmalig. Das macht mich stolz – und ich bin dankbar, dass es Genossinnen und Genossen wir Schorsch gab und gibt.

Meine Geschichte mit der SPD

Von Harry Schreyer

Ich konnte Normschrift schreiben. Wahlkampf. Jemand beugt sich auf einem Küchentisch über große Plakate und schreibt mit einem stinkenden Edding: „Willy kommt“ und später noch einmal „Willy wählen“. Wir haben die Plakate geklebt. Mein Vater und einige aus dem Ortsverein. Willy kam tatsächlich mit Hubschrauber nach Diespeck, ein Dorf bei Neustadt a. d. Aisch und hat dort vorgestellt, was Sozialdemokratie im Wirtschaftswunderland erreichen, wie eine freie Gesellschaft aussehen kann. Willy wurde gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 90 % und einem Ergebnis von knapp 46 %. Demokratie wagen und eine Aussicht auf demokratischen Sozialismus hat die Menschen bewegt, aber auch polarisiert.
Ich war nicht in der Partei. Gut, ich war jung, gerade mal fünfzehn Jahre alt. Ein Angebot „Falke“ zu werden habe ich, haben wir damals, ausgeschlagen – wir blieben „Pfadfinder“.
Profitiert habe ich die Jahre danach von dieser Sozialdemokratie. Zweiter Bildungsweg, ich habe Abitur gemacht und studiert – aber nicht zu Ende studiert, zu fremd ist mir die Welt des Studiums gewesen, der Muff von tausend Jahren unter den Talaren hatte sich noch nicht verflüchtigt – und man kann ihn bis heute noch riechen. Die feinen Unterschiede, Habitus, Abgrenzung, Klassenschranken waren und sind noch überall besonders in den Bildungschancen abzuschaffen. Zuletzt hat Hannes Wader im Redoutensaal mich und einen Kollegen von mir daran erinnert: Du kannst deine Klasse nicht verlassen, Du kannst sie nur verraten.
Was ich heute erreicht habe ist nicht meiner eigenen Tüchtigkeit zuzuschreiben, sondern dem Glück, in einer Zeit des Aufbruchs geboren zu sein und eine Politik des Aufbruchs, besser: des Versuchs eines Abbruchs von Klassenschranken erleben und davon profitieren zu dürfen - also dem Glück, in einem sozialdemokratischen Zeitalter gelebt zu haben.
Dann Rollback, die geistig moralische Wende, ich arbeite wieder in meinem erlernten Beruf und werde Betriebsrat. Vielleicht spät, aber immerhin war die Entscheidung gereift: Wenn Du Betriebsrat bist und Mitglied einer Gewerkschaft, musst Du Dich auch für eine politische Partei entscheiden. Das war die SPD - schon nicht mehr an der Regierung, aber auch noch nicht gespalten. Dort habe ich Wolfgang Vogel kennen und schätzen gelernt. Länger und entschiedener Sozialdemokrat als ich, und Sozialdemokrat mit der Wärme des Herzens das links schlägt und der humorvoll sein konnte. Der Höhepunkt war nicht, dass ich einige Zeit im Vorstand der SPD Erlangen war, flüchtig Referent für Öffentlichkeitsarbeit, nein, der Höhepunkt war ein zufälliges Treffen in Berlin mit Wolfgang zwischen den Feiertagen Weihnachten und Neujahr. Wir hatten beide im Berliner Ensemble Brecht gesehen, er vermutlich gezielt, ich aber zufällig, und waren anschließend bei einem oder einigen Gläsern Rotwein ins Gespräch gekommen. Seine Überzeugung, dass Politik sich lohne, der Griff in das Räderwerk der gesellschaftlichen Entwicklung wohl Kraft und Mut braucht, aber doch erfolgreich sein kann, seine Wärme in der Argumentation, seine Herzlichkeit im Gespräch - unvergessen.
Ich bin skeptischer geworden. Die Schröder‘sche Abkehr von der Sozialdemokratie, weg von der politischen Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“, und hin zu einer angeblich gebotenen Bewertung von „guter“ oder „schlechter“ Politik hat das Profil verwischt. Die Ideologie, dass alles gut sei was Arbeit schafft - auch Leiharbeit,

befristete Anstellungen und Lohnsenkungen unterhalb der tariflichen Niveaus – hat am Ende der politische Gegner erfolgreich übernommen und als Disziplinierungsinstrument gegen uns verwendet. Tatsache ist, die SPD hat zu dieser Zeit einen Rückschritt gemacht, zurück zur Unterdrückung der Menschen zugunsten der Ökonomie. Die letzten menschlichen Reserven werden seitdem für die Entwicklung des globalen, digitalen, agilen und was weiß ich für welchen Kapitalismus aktiviert. Der Fortschritt zur Menschlichkeit und einer sozialen Gesellschaft wäre jetzt ein Rücktritt von dieser Politik.
Was kommt jetzt? Was darf ich hoffen? „In die neue Zeit“ will die Sozialdemokratie ziehen. Viele Kommentatoren glauben wohl, das leite sich aus dem alten Lied ab, „wann wir schreiten Seit an Seit“. Falsch: damals sang die Arbeiterjugend: „es muss gelingen. Mit uns zieht die neue Zeit“. Jetzt ziehen wir also „in die neue Zeit“, d. h. wir haben etwas aufzuholen. Das hat der Parteitag erkannt. Die Themen sind allerdings nicht neu, z. B. Klimaschutz – in demselben Lied: „Wie mit bittender Gebärde / hält die alte Mutter Erde / dass der Mensch ihr eigen werde / ihm die vollen Hände hin.“
Wer übrigens immer noch mit dem Gendermainstream hadert sollte noch mal August Bebel lesen: Die Frau und der Sozialismus. So alt, so aktuell. Man schreibt wieder gegen uns, wir haben wieder Feinde, es ist Zeit für Sozialdemokratie, Zeit Demokratie statt Ökonomie zu wagen. Heute geht es um Schönheit und Freiheit, die Kategorien, innerhalb derer sich ein Mensch bewegt (Hegel), es geht um die Zukunft, die nur in Freiheit, also nicht alternativlos gestaltet werden kann. Dafür lasst uns streiten: Freedom for Future!

Mein Weg zur SPD

Von Florian Janik

Mein Weg zur SPD begann 1998. Als 1980 geborenen gab es so zwei Konstante Persönlichkeiten in meinem Erwachsen werden. Johannes Paul II. war Papst und Kohl Kanzler. Gemeinsam mit Freunden haben wir ab Anfang 1998 angefangen viel über die Bundestagswahl im Herbst zu sprechen - immerhin unsere erste Wahl überhaupt.

Und wir waren uns einig: Diese bräsige Politik muss ein Ende haben. Einige von uns sind dann auch losgezogen zu den politischen Parteien, von denen wir uns diesen Wechsel versprachen. Manchen sind bei den Grünen gelandet - ich bei den Jusos. Und wie es sich gehört habe ich dann erstmal Plakate geklebt - übrigens für eine Veranstaltung mit Andrea Nahles, der damaligen Jusovorsitzenden. Die Veranstaltung ist leider ausgefallen. Mein Weg in die SPD ging aber weiter und so bin ich dann im Oktober 1999 - also nach der Wahl auch eingetreten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Jahr unseres 150jährigen Bestehens ist es uns ein Anliegen, unsere Geschichte einem größeren Kreis von Interessierten zugänglich zu machen. Daher haben wir uns vorgenommen, im kommenden Jahr eine Homepage zu präsentieren, die die wichtigsten Kapitel übersichtlich darstellt. Möglich wird dies durch die Unterstützung der Michael-Poeschke-Gesellschaft. Herzlichen Dank dafür!
Bereits zum 120. und zum 140. Jubiläum wurden in mühevoller Kleinarbeit zwei Publikationen erarbeitet, in der viele Quellen zusammengefasst wurden und die umfassend von unserer Entstehungsgesschichte, von Unterdrückung und Erstarken der SPD, von Regierungs- und Oppositionsarbeit und von zahlreichen verdienten Genossinnen und Genossen berichten.
Der vorliegende Text stellt das erste Kapitel der Homepage vor. Vielen Dank an David Buchholz für die Recherche und an Walter Schweigert für die Bilddaten. Danke auch an Alle, die in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass uns umfassende Quellen vorliegen.

Sandra Radue

Von den Anfängen 1870 bis zum Beginn des Krieges 1914

Von David Buchholz

Die Anfänge 1870

"In die Städte kam ich zur Zeit der Unordnung
Als da Hunger herrschte.
Unter die Menschen kam ich zu der Zeit des Aufruhrs
Und ich empörte mich mit ihnen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war."

Diese Worte von Bertolt Brecht in seinem Gedicht „An die Nachgeborenen" beschreiben wahrscheinlich am besten, wie es sich 1870 angefühlt haben muss, Sozialdemokrat zu werden. Die Situation der Arbeiterschaft war deutschlandweit sehr schlecht und jeder, der über das Thema sprach, wurde von der Polizei genau beobachtet und ab 1878 unter dem „Sozialistengesetz" sogar verfolgt. Und doch gründete sich zu dieser Zeit, am 30.Januar 1870 um genau zu sein, eine Organisation, die wir heute als die Erlanger SPD kennen.
Der Erlanger Arbeiterverein ordnete sich der ein knappes halbes Jahr zuvor von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (SDAP) zu. Diese war am Marxismus ausgerichtet, vertrat damit die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, verstand sich als Teil der „Internationalen Arbeiterassoziation" (der „Ersten Internationalen") und forderte eine umfassende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.
Dass der Erlanger Zweig des SDAP, der „Sozialdemokratische Arbeiterverein" durchaus erfolgreich war, was sich an einer steigenden Mitgliederzahl und gut besuchten öffentlichen Veranstaltungen festmachen lässt, ließ natürlich auch das Auge der Obrigkeit auf den Verein fallen, der nun mit starker Repression zu kämpfen hatte, die 1874 in einem Vereinsverbot gipfelte. Doch die Erlanger Sozialdemokraten versammelten sich weiterhin in der Stadt, trotz des Verbots und der Auflösung jeder entdeckten Versammlung.
1875 schlossen sich die SDAP und der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" zusammen und gründeten gemeinsam die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands", kurz SAP. Der Erfolg der deutschen Sozialdemokratie wurde 1878 mit dem „Sozialistengesetz" beantwortet, das die SAP kurzerhand verbot. Obwohl das Gesetz nicht das eigentliche Ziel erreichte, wie die Wahl eines Nürnberger Sozialdemokraten in den Reichstag bewies, so machte es doch die politische Arbeit schwieriger, da Beobachtung und Bestrafung nun an der Tagesordnung waren. Bei einer Versammlung in Erlangen bezeichnete Karl Grillenberger die Situation passend mit „Wir werden künftig die Tätigkeit der Maulwürfe nachahmen". Ein Prinzip, das nicht erfolglos bleiben sollte.

Aufstieg ab 1890

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts befand die Zeit sich im Wandel, so auch in Erlangen. Die Einwohnerzahl war mittlerweile auf 18.000 gestiegen und im März 1890 – noch vor dem offiziellen Ende des Sozialistengesetzes – wurde der „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen" mit gut 100 Mitgliedern gegründet. Veranstaltungen wie die ab 1890 durchgeführten Maifeiern waren immer sehr gut besucht lag. Über die Parteiarbeit in den 1890er Jahren ist jedoch verhältnismäßig wenig bekannt,
1906, nur 40 Jahre nach Gründung des ersten Vereins für Frauen im Deutschen Reich, entstand in Erlangen der „Weibliche Bildungsverein Erlangen", die erste Frauengruppe in der Erlangen Arbeiterbewegung, die kurz darauf in „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" umbenannt werden sollte. Der wohl wichtigste Grund für eine solche Gründung war, dass es zu dieser Zeit Frauen noch immer verboten war, eine Mitgliedschaft in politischen Organisationen anzunehmen. Wie sich die Mitgliederzahlen nach Aufhebung des Verbots 1908 entwickelten, darüber ist leider wenig bekannt. Man weiß, dass Frauen in den Gewerkschaften 1913 18% der Mitglieder stellten, der Mitgliederanteil in der Erlanger SPD ist leider unbekannt.
Die SPD setzte im gesamten Deutschen

Reich, besonders in Bayern, zum Höhenflug an, so auch in Erlangen. Nachdem am 12. März 1890, noch ein paar Monate vor dem Ende des Sozialistengesetzes, eine Liste von 102 Erlangen Sozialdemokraten den „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ gegründet hatte, schaffte es nur neun Jahre später, 1898, der Fürther Sozialdemokrat Martin Segitz aus dem Wahlkreis Erlangen/Fürth/Hersbruck in den Reichstag einzuziehen. Frühere Kandidaten der SPD – darunter mehrfach August Bebel – scheiterten. Ab 1907 vertrat mit Sigmund Freiherr von Haller erstmals ein Sozialdemokrat die Stadt Erlangen im Bayerischen Landtag.

Ab 1909 gelang der Erlanger SPD auch der Sprung auf die kommunalpolitische Bühne. Erstmals zogen Sozialdemokraten in das „Kollegium der Gemeindebevollmächtigten“ ein, den Vorläufer des Erlanger Stadtrates. Ab 1911 fand sich mit Anton Hammerbacher sogar ein Vertreter der SPD im Exekutivorgan der Stadt, dem Magistrat, und nur ein weiteres Jahr später stellte die SPD bereits ein Drittel der Erlanger Gemeindebevollmächtigten..

Wieso aber dauerte der Einzug in das „Kollegium der Gemeindebevollmächtigten“ ganze 11 Jahre länger als der Einzug in den Reichstag? Die Antwort setzt sich aus zwei Faktoren zusammen: Zunächst wiesen Sozialdemokraten in allen Teilen des Deutschen Reiches der Kommunalpolitik keine große Bedeutung zu. Um die eigentlichen, sozialistischen Ziele zu erreichen, musste man Einfluss auf die hohen Entscheidungsorgane wie den Reichstag gewinnen, eine Einstellung die sich erst ab 1900 langsam zu ändern begann. 1910 beschloss dann die bayerische SPD auf ihrem Landesparteitag in Erlangen auch ein ausführliches kommunalpolitisches Programm. Wichtiger jedoch ist der zweite Faktor: das Wahlrecht, das an das Bürgerrecht gekoppelt war, für dessen Erwerb hohe Gebühren anfielen. Viele Arbeiter konnten sich diese Gebühren nicht leisten und blieben von den Wahlen ausgeschlossen; der von den Sozialdemokraten geschaffene Sparverein konnte diese Hürde nur in geringem Umfang senken. Erst eine Wahlrechtsänderung zum Verhältniswahlrecht im Jahre 1908 brachte der Sozialdemokratie den erhofften Erfolg auf kommunalpolitischer Ebene.

Doch während die sozialistische Idee in der Bevölkerung immer fester verankert wurde, wurde das Säbelrasseln der Europäischen Großmächte immer lauter und so drängte in sich in den Kopf vieler Menschen, darunter auch nicht wenige Sozialdemokraten, der nationale Gedanke als wichtigstes Gut. Es war das Jahr 1914 und der Erste Weltkrieg hatte soeben begonnen.

Erlangen.

Maifeier 1892.

Sonntag, den 1. Mai, Vormittags 10 Uhr,

Volks-Versammlung

im Gasthaus zum Anker.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des achtstündigen Arbeitstages.

Referent: Herr Erhardt aus Nürnberg.

Zutritt für Jedermann.

Von Nachmittags 3 Uhr an

Grosses Volks-Fest

im festlich dekorirten Garten des Herrn Ballwieser, Essenbach.

Concert einer guten Musik-Kapelle.

Zutritt hat jede Person, die im Besitze einer Eintritts-Karte ist.

Karten à 10 Pfg. sind zu haben bei den Herren: Chr. Brandel, untere Karlstraße, Georg Bauer, goldener Anker, Joh. Ballwieser, Essenbach, Joh. Wendler, Bayreutherstraße.

Das Comité:

Georg Schnipp, Peter Geiger, Martin Müller.

Druck von Wörlein & Comp., Nürnberg.

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen - Paket der Stadtverwaltung

Im Zusammenhang mit der Ausrufung des Klimanotstands wurden auch die ersten, von Fridays for Future vorgeschlagenen Maßnahmen, beschlossen. Dabei wurde deutlich, dass die Stadt Erlangen in den letzten Jahren den Klimaschutz bereits stark gefördert hat. Hohe Energiestandards bei Neubau und Sanierung, Energieberatung und Förderprogramme, die Plusenergie-Siedlung, Umweltbildung oder die kulturelle Aufarbeitung des Themas sind nur einige Beispiele dafür. Es ist aber auch klargeworden, dass die bisherigen Aktivitäten noch nicht ausreichen, um die notwendige radikale Verringerung der Treibhausgas-Emissionen zu erreichen.

Für das weitere Vorgehen wurden deshalb die Ämter und Eigenbetriebe aufgefordert, ihre Fachkompetenz und Ideen einzubringen und selbst Maßnahmen und Projekte vorzuschlagen, die den Klimaschutz noch konsequenter und schneller in den Vordergrund stellen.

Für den Haushalt 2020 gibt es hierzu bereits viele konkrete Zusatzvorschläge quer durch alle Ämter, für die nun bei den Haushaltsberatungen Haushaltsmittel bereitgestellt werden sollen.

Dazu gehören u. a. der weitere Ausbau von ÖPNV und Radverkehr, weitere Energieeinsparung z. B. durch noch schnelleren Umstieg auf LEDs und weitere Nutzung erneuerbarer Energien bei städtischen Gebäuden z. B. durch eine große Photovoltaikanlage, um im Tagesverlauf die Sonne zu nutzen, wie es auch von der SPD-Fraktion beantragt wurde. Ebenso die Verstärkung der Energiesparberatung für SozialleistungsempfängerInnen und die Sensibilisierung von SeniorInnen und Flüchtlingen oder der Ausgleich von unvermeidbaren CO_2-Emissionen bei Dienstreisen.

Auch die Rathauskantine und die Verpflegung bei Veranstaltungen sollen weiter auf regional und biologisch umgestellt werden. Nicht zuletzt sind auch weitere Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen geplant.

Klimaschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern – Beteiligung

Die Stadt Erlangen hat als erste Stadt in Bayern den Klimanotstand ausgerufen. „Um diesen zu bekämpfen, müssen wir die Ideen und Vorstellungen der Erlanger BürgerInnen einbeziehen und die Menschen für die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen für den Klimaschutz sensibilisieren. Hierfür brauchen wir einen breit angelegten Beteiligungsprozess“, so der umwelt- und energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter. Dies anzugehen hatte der Stadtrat im Zuge der Ausrufung des Klimanotstands bereits beschlossen.

Die SPD-Fraktion hat nun auch im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gemeinsam mit der Grünen Liste den Antrag gestellt, konkrete Überlegungen für den Beteiligungsprozess zur Bekämpfung des Klimanotstands vorzulegen und entsprechende Finanzmittel beantragt. Hierbei sollen insbesondere die Vorschläge des Agenda-21-Beirats einbezogen werden. Besonders Parents for Future hat hier bereits viele Ideen eingebracht.

Umwelt-Sprecher Richter erläutert: „Vorbild ist für uns als SPD das Vorgehen beim Verkehrsentwicklungsplan (VEP), bei dem Beteiligung vorbildlich ermöglicht wurde. Wichtig ist uns auch, dass beim Thema Klimaschutz auch dezentrale Beteiligungsmöglichkeiten in den Stadtteilen geschaffen werden.“

SPD-Männer zeigen Gesicht gegen Gewalt an Frauen

Anlässlich des Internationalen Tags zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen (25.11.) zeigte die Erlanger SPD mit einer Aktion an ihrem Infostand und in den sozialen Medien, dass der Einsatz für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Diskriminierung und Gewalt auch den SPD-Männern ein wichtiges

Anliegen ist. Oberbürgermeister Florian Janik, mehrere SPD-Stadträte und Stadtratskandidaten, der SPD-Kreisvorsitzende Dieter Rosner sowie weitere Unterstützer bekannten sich mit kurzen Statements zu ihrer Verantwortung für eine Gesellschaft, in der Frauen nicht länger Opfer von Gewalt werden. Sie schlossen sich dabei der Kampagne der Organisation UN-Women an, die unter dem Hashtag „HeForShe“ Männer dazu ermutigt, ihren Beitrag zum Kampf gegen Gewalt an Frauen zu leisten. Mit Aussagen wie „Gewalt gegen Frauen ist Gewalt gegen Alle“, „Ich toleriere keine Gewalt gegen Frauen“ oder „Echte Männer stellen sich gegen Gewalt anderer

Männer“ wiesen sie darauf hin, dass das Ausmaß an Gewalt, dem Frauen auch in Deutschland tagtäglich ausgesetzt sind, ebenso wenig hinnehmbar ist wie die nach wie vor unzureichenden Maßnahmen dagegen.

Kultur für Alle: Große Fortschritte erreicht

Die Kulturangebote für alle Menschen in Erlangen zu öffnen, Barrieren abzubauen und den Zugang zu erleichtern, war Anliegen eines Antrags, den die SPD-Fraktion vor drei Jahren gestellt hatte. Die verschiedenen kulturellen Einrichtungen der Stadt sollten demnach bestehende Ansätze ausbauen und weiterentwickeln, z. B. durch die bessere öffentliche Wahrnehmbarkeit der Festivals, Veranstaltungen in den den Stadtteilen und mehr inklusive und kostenfreie Angebote. Im Kulturausschuss haben die Kulturämter jetzt ausführlich über die Vielzahl an Maßnahmen berichtet, die sie seit 2016 entwickelt und umgesetzt haben, wie Theatervorstellungen im öffentlichen Raum, Gebärdendolmetschen beim Poetenfest oder Veranstaltungen der Festivals in den Stadtteilzentren. „Wir freuen uns sehr darüber, dass die städtischen Ämter und Einrichtungen unter Führung von Referentin Anke Steinert-Neuwirth sich unser Anliegen zu eigen gemacht und mit großem Engagement in ihre Arbeit integriert haben“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Wir werden diesen Prozess weiter aktiv begleiten und darauf achten, dass die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.“ Als besonders herausragenden Erfolg sieht sie die Ausstellung „BarriereSprung“ im Stadtmuseum, die auf einen SPD-Antrag zurückgeht. Auch das Amt für Soziokultur und die Volkshochschule, die bereits seit längerem Wert auf Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit ihrer Angebote legen, wollen diese weiter vorantreiben. SPD-Kultursprecherin Ursula Lanig zeigt sich beeindruckt vom Umfang der Maßnahmen und der Kreativität der Ämter: „Ob im Theater, im Kulturamt, im Stadtmuseum oder in der Stadtbibliothek: Überall entstehen Ideen und Ansätze zum Abbau von Barrieren. Die Ergebnisse sind eine Bereicherung für das Kulturleben in Erlangen insgesamt“.

Kulturfüchse: „Kultur für alle“ ganz praktisch

Die „Kulturfüchse“ wurden in Kooperation von Theater und Kunstpalais mit der Hermann-Hedenus-Grundschule entwickelt. Sie ermöglichen es Kindern durch langfristige Einbindung in den schulischen Alltag, einen leichteren Zugang zu kultureller Bildung zu erlangen. So können sie ihre „kulturelle Heimat“ entdecken und zu den Orten und Akteuren in engeren Kontakt treten – „Kultur“ wird ihr persönliches Erfahrungsfeld. Die SchülerInnen von der 1. bis zur 4. Klasse wirken so auch als Multiplikatoren in ihre häusliche Umgebung.
Die bisherige Finanzierung durch die Robert-Bosch-Stiftung wurde nach dem Auslaufen September bis Ende 2019 durch die Stadt übernommen worden. Wegen des großen Erfolges soll das Programm städtisch finanziert beibehalten und ausgebaut werden: Einerseits erarbeitet die Stadtbibliothek ein passendes Programm und andererseits soll zur Hedenus-Grundschule nun noch die Mönau-Schule hinzukommen, hierfür werden die nötigen Mittel auf Antrag von SPD, FDP und GL bereit gestekllt. Kindern soll über ihre Erfahrungen in Familie, Kita und Schule hinaus mit den „Kulturfüchsen“ der Horizont geöffnet, ihre Kreativität soll unterstützet, ihr Wissen erweitert und Freude am gemeinsamen Handeln bereitet werden.

Spielraum gegen Hartz-Sanktionen nach Urteil vorbildlich genutzt

Aufgrund des überfälligen Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Sanktionen bei Hartz IV hatte die Stadtverwaltung im Sozialausschuss verkündet, dass bis auf Weiteres keinerlei Sanktionen mehr verhängt werden. Mit dieser vorbildlichen Sofortumsetzung des Urteils sorgte Erlangen überregional für einiges Aufsehen. Nach Analyse des Urteils wird Erlangen nun in gesetzlich vorgeschriebenen Fällen wieder sanktionieren. Allerdings wird es in jedem Fall eine Anhörung der Betroffenen geben.
„Die Erlanger Verwaltung hat hier vorbildlich und schnell gehandelt. Dies begrüßen wir als SPD Erlangen sehr. Gerne würden wir das Kürzen von Leistungen auch vollständig und dauerhaft abschaffen. Leider ist uns dies jedoch durch geltende Gesetze nicht möglich“, so SPD-Stadtrat Andreas Richter hierzu. Bereits zuvor wurden Schritte zur Ausweitung von aufsuchender Sozialarbeit statt Bestrafungen auf den Weg gebracht. Zudem arbeitet der SGB-II-Beirat, dem auch die Sprecherin der SPD-Fraktion für Arbeit, Christine Bauer, angehört, daran, wie der Spielraum gegen Sanktionen und für die Betroffenen genutzt werden kann.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Februar 2020
22. Januar 2020

Sozialpolitischer Meilenstein:
Die Grundrente kommt!

Von Martina Stamm-Fibich
MdB

„Ich freue mich sehr, dass es eine Einigung zur Grundrente gibt.
Das ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt hat wird von der Grundrente profitieren."

Wer bekommt die Grundrente?
Rentner müssen 35 Jahre „Grundrentenzeiten" vorweisen, also Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung, Kindererziehung oder Pflegetätigkeit. Einen Übergangsbereich wird es für die geben, die nur knapp unter 35 Jahre Beiträge gezahlt haben. Der Durchschnittswert der Entgeltpunkte aus den „Grundrentenbewertungszeiten" muss unter 80 % des Durchschnittsverdienstes liegen.

Wie wird die Grundrente berechnet?
Grundlage für die Berechnung des Zuschlags sind die erworbenen Entgeltpunkte. Liegt der Durchschnittswert über 30 und unter 80 % des Durchschnittsverdienstes (entspricht zwischen 0,3 und 0,8 Entgeltpunkten jährlich), wird der Zuschlag zur Rente ermittelt.

Keine Bedürftigkeitsprüfung
Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Dass dies so kommt, ist der Erfolg der SPD. Die Grundrente wird von der Deutschen Rentenversicherung automatisch ausgezahlt. Es erfolgt eine automatische Einkommensprüfung. Die Vermögensverhältnisse werden nicht geprüft.

Einkommensfreibetrag
Für die meisten Rentnerinnen und Rentner ist die Rente das einzige Alterseinkommen. Aber es gibt Rentner, die neben der Rente weitere Einkommen beziehen. Hier wollen wir Gerechtigkeit schaffen und die Grundrente zielgenau ausgestalten. Es wird einen Einkommensfreibetrag geben. Einkommen bis 1.250 Euro (Alleinlebende) und 1.950 Euro (Paare) werden nicht auf die Grundrente angerechnet. Der Freibetrag wird jährlich angepasst.

Ein Meilenstein, auch für Erlangen!

Von Anette Christian

Die Grundrente ist auch für Rentner und Rentnerinnen in Erlangen ein Grund zur Freude:
Das statistische Jahrbuch der Stadt Erlangen zeigt, dass die Anzahl der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter in der Stadt seit 2011 nahezu um ein Drittel gestiegen ist. Betroffen sind hier insbesondere auch Menschen, die wegen einer Erkrankung erwerbsgemindert sind und vorzeitig berentet wurden und so zusätzlich zur Last des Alltags mit chronischer Krankheit eine schmerzhafte finanzielle Einbuße in ihrer Rente erleiden.
Die SPD im Erlanger Stadtrat konnte mit dem Erlangen-Pass und dem Ausbau der Seniorenberatung wichtige Erfolge für mehr Teilhabe erzielen – mit der Grundrente werden nun viele Rentnerinnen und Rentner sich freuen, dass sie nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Dein Janik - Dein Termin

Florian Janik im Gespräch

Durchgangsverkehr in der Neuen Straße

Seit Mitte August ist nun die Neue Straße eine sogenannte unechte Einbahnstraße. Der Stadtrat hat diese beschlossen, um den sehr hohen Durchgangsverkehr durch die Neue Straße und damit auch die daraus resultierende hohe Feinstaubbelastung zu reduzieren. Aus östlicher Richtung kommend dürfen nur noch Notfälle und der logistische Verkehr der Uniklinik durchfahren. Deswegen unechte Einbahnstraße. Seit der Einführung gibt es in der Öffentlichkeit hitzige Debatten über diese Maßnahme. Florian Lindner, der in der Neuen Straße wohnt, hat um einen Termin mit Florian Janik gebeten und zwei Anwohner:innen mitgebracht. Denn alle drei finden es gut, dass die Stadt endlich was unternommen hat, um das hohe Verkehrsaufkommen in der Neuen Straße zu verringern.
Besonders positiv findet er, dass nun Fahradfahrer:innen nicht mehr auf dem Gehweg fahren. Er würde sich aber wünschen, dass die Stadt noch mehr macht, um den motorisierten Individualverkehr in der Stadt zu reduzieren.
Florian Janik berichtet, dass erste Messungen an der Neuen Straße ergeben haben, dass die Erwartungen der Verkehrsplanung deutlich übertroffen worden sind: „Wir rechneten damit, dass mit dieser Maßnahme sich der Verkehr um die Hälfte reduzieren wird. Tatsächlich ist uns eine Reduzierung um bis zu 90% gelungen. Auch in der Essenbacher Straße ist keine signifikante Erhöhung des Verkehrs feststellbar." Dies spricht dafür, dass wie gewünscht, der Durchgangsverkehr nun über die Werner-von-Siemens-Straße auf die Autobahn fährt.
Sobald die Baumaßnahmen am Uniklinikum abgeschlossen sind, kann sich Florian Janik auf der Höhe des Maximiliansplatzes auch die Einführung eines Shared Space vorstellen. Der Shared Space erfreut sich in immer mehr europäischen Großstädten größerer Beliebtheit, da hier alle Verkehrsteilnehmer:in-

nen, also PKW, Fahrrad und Fußgänger: innen, gleichberechtigt sind.
Es wurde nicht nur über den Durchgangsverkehr in der Neuen Straße gesprochen. Der Nachbar von Herrn Lindner, der Einzelhändler in der Altstadt ist, wünscht sich eine Verlängerung der Fußgängerzone bis zum Martin-Luther-Platz. Denn er ist der Überzeugung, dass eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt für Fußgänger: innen auch die Kundenfrequenz erhöhen würde. Auch den City-Bus, den es in den 80er Jahren kurzzeitig gegeben hatte, wurde angesprochen. Diesen gab es nur für ein Jahr, weil die Rechtsaufsicht, die Regierung von Mittelfranken, es verboten hat den City-Bus kostenlos zu fahren. Florian Janik versucht nun gemeinsam mit der Verwaltung zu klären, ob und unter welchen Konditionen man den City-Bus wieder fahren lassen kann: „Wenn alles klappt, kann der City-Bus schon kommendes Jahr fahren. Im Idealfall kostenlos."

B11 – toll und mehr davon: 60 Tage Art in Action

„Wow – phantastisch" schon das Auto im Eingang verschwindet unter dichten, fetten Gras und das Treppenhaus zieht einen einfach rein in die Pop-up-Ausstellung in der B11 – in das Pfarrzentrum der evangelischen Altstädter Gemeinde, das neu errichtet werden soll und bereits leergeräumt ist. Die Zeit dazwischen kam Kreativen und Künstlern aus Erlangen und Umgebung gerade recht um auf 300 qm Kunst zu machen: für alle Sinne von Sehen über Hören und Schmecken bis Bewegung... Pfarrer Baumann erwies sich als kunstsinniger Hausherr und stellte das Gebäude mietfrei – nur die Nebenkosten trägt die Initiative B11 – zur Verfügung. Nachdem OBM Florian Janik von dem kreativen Coworking-Projekt erfahren hatte, kam er daher „sofort und sehr gerne" zu Besuch und konnte sich voll in die Magie des Ortes einlassen.
Die B11er haben in den Sommerferien ein Gemeindehaus in ein Riesenatelier verwandelt: einerseits hat jede/r seinen Raum, in dem er „seine Kunst" schaffen kann und andererseits zeigt sich schon im verbindenden Treppenhaus die ganze Dynamik dieses „Zwischenzustandes" eines Gebäudes: direkt auf die Wände gemalt wechseln Menschen in kraftvoller Pinselführung mit schwebenden Teilchen und wegweisenden(?) roten Klebebändern ab, auf jedem Stockwerk mit dem Hinweis" Betreten auf eigene Gefahr – jeder haftet für sich selbst" versehen. So vielfältig wie die KünstlerInnen sind die Techniken

und Themen: unter anderem Ökologisches (ein Raum lässt den Knöterich durch das Fenster rein und der Boden ist echt bepflanzt), Crossover (ein in weiß-schwarz gehaltener Raum in Auflösung setzt die Emotion von Musik gebrochen um), Persönliches (Karten befragen die BesucherInnen nach ihren Traumorten), Raumerleben (ein heller Raum lässt mit kleinen Interventionen viele Interpretationen zu), Figürliches (Plastiken und kunstvolle Tonbatzen, die Grundlage weiterer künstlerscher Gestaltung sind) und qualitativ sehr hochwertige Graffiti im Außenbereich. Und das alles kommt weg
Gerade die „Kunst für die und in der Vergänglichkeit" macht aber den Reiz einer solchen „Leerstandsnutzung" aus und der OBM wünscht sich „dass noch viel mehr Leerstände in so kreativer Weise genutzt werden können – zum Nutzen der Künstler und ihres „interdisziplinären" Schaffens und zur Freude der BesucherInnen"! Da Erlangen nicht über nennenswerte Industriebrachen verfügt, könnte sein Hinweis auf das verkaufte Landratsamts-Areal, dessen weitere Entwicklung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, vielleicht eine Möglichkeit eröffnen und „unser Bauaufsichtsamt könnte ja bei genehmigten Abrissen, die noch nicht gleich umgesetzt werden, bei den BauherrInnen auf derartige Zwischennutzungen hinweisen."
Jedenfalls findet ein so spontaner und gleichzeitig reflektierter Umgang mit Kunst im Leerstand „meine große Sympathie und wo es möglich ist, meine Unterstützung!"

Nachhaltiger Konsum in Erlangen?

Dieses Mal traf Dr. Florian Janik im Rahmen von „Dein Janik. Dein Termin" den Umweltaktivisten Marius. Marius befasst sich mit mehreren Ansätzen um umweltbewusster und ressourcenschonender zu leben. U.a. ging es ums „Containern" (dem Sammeln von genießbaren Lebensmitteln aus den Mülltonnen der Supermärkte).
Oft sind weggeworfene Lebensmittel noch einwandfrei. Beispielsweise wird ein Netz mit zehn Orangen weggeworfen, wenn eine Frucht im Netz angefault ist. Die anderen neun Orangen landen somit mit auf dem Müll - obwohl man sie noch essen könnte. Ein anderes Problem ist, dass die Supermärkte in der Regel die Lebensmittel inklusive Plastik-Verpackung in die Biotonne befördern, womit inzwischen nicht nur Müllbeseitigungsanlagen zu kämpfen haben, sondern auch Landwirte, die den „Kompost" wieder auf ihre Äcker bringen.
Florian Janik machte klar, dass Großverbraucher oft gar nicht an die kommunale Abfallbeseitigung angeschlossen sind. Private Unternehmen beseitigen den Müll in diesen Fällen. Die Erlangerinnen und Erlanger selbst trennen ihren Müll fast immer, es befindet sich beispielsweise nur sehr wenig Fremdmüll in der Biotonne.
Der Oberbürgermeister und Marius sind

sich einig, dass es auch ein Umdenken in Sachen Verpackungen braucht, um das Plastikproblem in den Griff zu bekommen. Oft könnte Plastik vermieden werden, denn viele Lebensmittel sind auf eine Plastikverpackung gar nicht angewiesen, so Marius. Einen kleinen Teil kann auch der neue Unverpackt-Laden dazu beitragen. Doch alleine reicht das noch nicht. Marius meint, dass es

ein Umdenken in der gesamten Gesellschaft geben muss. Weiterhin macht er klar, dass bei Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums Lebensmittel noch längst nicht schlecht sind. Frischware, wie Obst und Gemüse, sei auch dann einwandfrei, wenn es einen kleinen Makel hat. Die riesigen Mengen an Lebensmitteln, die unsere Gesellschaft entsorgt, sind nicht nur eine Verschwendung von wertvollen Ressourcen, sondern sorgen auch für ein Müll- und Umweltproblem zulasten des Planeten und nicht zuletzt für eine unnötige Verschärfung des Klimaproblems.
Florian Janik macht deutlich, dass auch die Stadt Erlangen bereits über verschiedene Ansatzpunkte nachdenkt um das Bewusstsein für einen nachhaltigen Konsum zu stärken. Man einigte sich darauf, dass Janik in Erfahrung bringen wird, wohin der Müll der lokalen Supermärkte wandert und wie er beseitigt wird – so könne man die Problematik besser beurteilen und mögliche Lösungen diskutieren.

Nachmittags- und Ferienbetreuung in Erlangen

Die Nachmittag- und Ferienbetreuung in Erlangen ist ein Problem. Das haben Anne Diller und ihr Mann herausgefunden, als sie sich mit Freunden unterhalten haben deren Kinder frisch eingeschult wurden. Als sie sich daraufhin mit dem Thema beschäftigten stellten sie schnell fest, „dass die Nachmittagsbetreuung in Bruck nicht so richtig toll passt“, und die Betreuungszeiten für Familie Diller viel zu kurz sind. Da kam das Plakat - auf dem für ein Treffen mit dem Oberbürgermeister Florian Janik geworben wurde - gerade richtig. Kurzerhand wurden sechs weitere Eltern zusammengetrommelt und an einem Freitagabend ein Gespräch in den eigenen vier Wänden angesetzt.
Vielfältige Probleme mit der Betreuung Ihrer Kinder hatten die Mütter und Väter mitgebracht. Da kann eine Familie bei der Vergabe von Hortplätzen nicht berücksichtigt werden, weil die Mutter noch zuhause ist. Die Nachmittagsbetreuung der Schule ist nur bis 14:30 möglich. Eine Stelle im Einzelhandel zu bekommen, ohne eine Betreuung der Kinder gewährleisten zu können ist allerdings kaum möglich. „Ein klassische Henne-Ei-Problem“, resümiert die Mutter. „Das Problem wird noch größer werden, wenn die beiden anderen Kinder in die Schule kommen“.
Eine andere Mutter berichtet das Sie die Zusage für einen Hortplatz erst erhalten hat, nachdem Sie schon für die Ganztagsschule gewählt hat. Wäre diese Entscheidung früher gefallen, hätte Sie sich möglicherweise anders entschieden.
Leider sind die Rahmenbedingungen in Bayern nicht sehr gut. Es gibt keinen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung, alle Angebote sind rein freiwillig. „Das ist bitter und ich bedauere das sehr“, so Florian Janik. Als erstes wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, anschließend dann der für Krippenplätze eingeführt. Die logische Konsequenz den Rechtsanspruch fortzuführen ist dann aber nicht eingetroffen. „Es ist den Eltern schwer vermittelbar, dass sie mit kleinen Kindern arbeiten gehen können, wenn diese dann aber in die Schule kommen nicht mehr“, sagt der Oberbürgermeister. Er spricht sich daher für die Einführung eines Rechtsanspruchs aus. Dieser ist bereits in Planung, wann es so weit sein wird ist aber noch nicht klar.
In Erlangen ist das Angebot dennoch wirklich gut ausgebaut, aber eben nicht für alle Eltern perfekt. Es sollte so gut sein, dass man wieder arbeiten gehen kann und auch die Ferienzeiten weitestgehend abgedeckt sind.
Eine Nachmittagsbetreuung ist nur eine Notlösung, da das Personal keine pädagogische Ausbildung absolviert haben muss. Besser ist daher die Einrichtung eines Horts, der aber sehr teuer ist. Schneller geht es mit der Einführung

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

von Ganztagesklassen. „Jede Ganztagesklasse die sich bildet wird durch die Stadt garantiert genehmigt und finanziert“, verspricht Florian Janik. Ganztagsklassen werden weiter ausgebaut, die Nutzung der Klassenzimmer in den Ferien ist auch kein Problem.
Leider – so berichtet eine Mutter – ist auch eine Ganztagesklasse nicht in allen Fällen ausreichend. So gibt es Berufe in denen eine Kernarbeitszeit die

Unterrichtszeit überschreitet bzw. diese nicht zusammenpassen. Für diesen Fall müsste es individuelle Möglichkeiten der Anpassung geben.
Einige Mütter haben erfahren, dass Kinder in Kindergeräten nur deshalb angemeldet werden, weil dann später ein Hortplatz in Anspruch genommen werden kann. Vorhandene Kapazitäten werden zum Teil auch nicht voll genutzt, da ein Hort immer nur „voll“ gebucht werden kann und nur dieser Ferienbetreuung anbietet und damit auch Eltern, welche u.U. auch mit einer Mittagsbetreuung oder einer kürzeren Betreuungszeit zurecht kämen - die Kapazität des Hortes komplett buchen (u.a. sind Kapazitäten für eine Anschlussbetreuung der Ganztagsschule dadurch z.B. nicht vorhanden).
Daher bitten die Eltern den Oberbürgermeister die Vergabekriterien für Hortplätze noch einmal zu überdenken. Diese sind entstanden, weil eine Rechtssicherheit benötigt wurde. Zuvor hatte es einige Klagen gegen die Stadt gegeben, woraufhin klare Regeln aufgestellt wurden.
Für Florian Janik ist eine „qualitätsvolle Ganztagsbetreuung für Schulkinder das Ziel“. Dabei wurden vor 10 Jahren Krippen politisch noch bekämpft, weil Mütter die Betreuung übernehmen und nicht arbeiten gehen sollten. Auch heute ist das in vielen Ecken Bayerns durchaus noch üblich.
Es wird daher getan was unter den schlechten Rahmenbedingungen möglich ist, um eine möglichst gute Betreuung ermöglichen zu können. „Häufig funktioniert eine Nachmittagsbetreuung nur durch das Engagement der Eltern“ klärt Florin Janik auf. „An diesem scheitert es aber auch sehr selten“, häufiger leider an qualifiziertem Personal.
Daher muss der Beruf des Erziehers dringend attraktiver gemacht werden, weil derzeit 100.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland fehlen. Eine bessere Wertschätzung und Anerkennung des Berufes helfen dabei.
Ferienbetreuung gibt es in Erlangen unter anderem durch Siemens, die Universität und der Stadt, wobei in den letzten Jahren eigentlich immer noch Plätze frei waren. Diese - so bemängeln die Mütter - sind für Kinder aus den äußeren Ortsteilen nicht gut geeignet. Der weite Weg und die ungewohnte Umgebung überfordert viele - vor allem kleinere - Kinder.
Dezentrale Angebote wurden in den letzten Jahren in Erlangen immer wieder versucht, sind aber meist mangels Anmeldungen nicht zustanden gekommen. Den Grund dafür vermutet der Oberbürgermeister darin, dass viele Eltern sich in den Ferien anders organisieren können und wollen. Kurzfristige Ab- oder Zusagen machen eine gute Planung aber sehr schwierig. „Hier braucht es klare Spielregeln“.
Ein Vorzeigebeispiel für gute Betreuung findet man in Tennenlohe. Der Ortsteil am Südöstlichen Rand der Stadt ist einer von vier Modellstandorten in Bayern. Durch eine sehr engagierte Direktorin einer Tenneloher Schule und die Unterstützung des Freistaates konnte hier ein umfassendes Programm mit Ferienbetreuung, offener Ganztagsschule und Anchlussbetreuung ermöglicht werden. Die Eltern um Christina Behle wollen nun eigene Möglichkeiten prüfen. Erste Gespräche mit der Direktorin einer Brucker Schule haben bereits stattgefunden, auch mit dem Schulverwaltungsamt hat man sich bereits in Verbindung gesetzt. Als nächstes sollen Gespräche mit einem Träger geführt werden um (vorerst) ein Angebot in den „kleinen“ Ferien zu ermöglichen. „Wenn Sie Unterstützung brauchen sprechen Sie mich noch einmal an“, sichert Florian Janik seine Hilfe zu.

Das Wochenende an dem sich die SPD vom Neoliberalismus verabschiedet hat

Ein Kommentar zum SPD-Bundesparteitag vom 6. bis 8. Dezember 2019

Von Munib Agha

Wenn man krank ist hat es wenigstens den Vorteil, dass man das gesamte Wochenende den Livestream nebenbei laufen lassen kann. Und ich bin auch froh, dass ich relativ viel vom vermutlich historischen Parteitag mitbekommen habe. Nach der Eröffnung des Parteitags und nach den Rechenschaftsberichten, haben Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ihre Bewerbungsreden für den Parteivorsitz gehalten.
Auch wenn einige Journalist:innen über die Reden von Saskia und Norbert gelästert haben: Rhetorik kann man lernen, Inhalte und Überzeugungen eher nicht und die haben bei Saskia und Norbert gestimmt. Allein durch Saskias Lebensbiographie strahlt sie starke Glaubwürdigkeit aus, da sie mehrere Jahre in unqualifizierten Jobs gearbeitet hat, bevor sie eine Ausbildung zur Informatikerin begann. Infolgedessen hat sie die prekäre Beschäftigung und deren Bekämpfung in den Mittelpunkt ihrer Rede ge-

stellt. Aus einer sozialdemokratischen Perspektive versucht sie auf Fridays for Future zu antworten. Denn auch die Leute von FFF wollen Jobs. Nämlich nachhaltige, gut bezahlte Jobs mit Zukunft und deswegen dürfen die Forderungen von FFF nicht als Widerspruch zu einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik gesehen werden.
Auch Norbert Walter-Borjans hält eine inhaltlich sehr starke Rede. Er verurteilt den antieuropäischen Chauvinismus, fordert eine Sozialoffensive für die EU und macht klar, wieso es auch Deutschland was angehen muss, wenn es unseren Europäischen Nachbarn schlecht geht und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 30% haben. Er fordert eine Abkehr von der schwarzen Null und die Abschaffung der Schuldenbremse, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.
Eine meiner Lieblingsstellen seiner Reden war diese:
„Und wenn es links ist, dass wir das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft nicht akzeptieren wollen, dann haben wir nichts gegen diese Einordnung. Wenn es links ist, dass die Rente mit Steuerbeiträgen der Großvermögenden ein Stück gestärkt wird, damit alle wirklich in Würde alt sein können, dann sind wir links."
Und wenn es links sein soll, den öffentlichen Wohnungsbau massiv auszubauen und Wohnen bezahlbar zu halten, dann sind wir selbstverständlich links.
Zur Bewerbung für den stellvertretenden Parteivorsitz hält Kevin Kühnert eine fulminante Rede. Er nimmt die rote Socken Kampagne der Union aufs Korn und verweist indirekt zum Beispiel auf die Thüringer CDU, wo viele mit der Höcke-AfD koalieren wollen. Er fordert die SPD dazu auf die durch die Digitalisierung demokratisierte Kommunikation endlich als Chance zu begreifen auf junge Menschen zu gehen zu können. btw: Auf dem Youtube Kanal der SPD verlaufen sich ja nicht gerade viele Menschen. Die Rede von Kevin wurde dennoch schon bereits 51.000 mal gesehen. Serpil Midyatli, die Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, die ebenfalls zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wird, kommt immerhin auf über 1000 Klicks. Klara Geywitz, Hubertus Heil und Anke Rehlinger nicht mal auf 500. Allein über die Fanpage SozialKritik wurde seine Rede weitere 61.000 Mal gesehen. Kevin Kühnert ist das größte politische Talent, das die SPD momentan hat und deswegen ist es auch richtig, dass er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt worden ist.
Auch als Beisitzer:innen wurden viele tolle Leute in den Vorstand gewählt. Insbesondere über die Wahl von Gustav Horn, dem ehemaligen Direktor des gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und dem Vorsitzenden der postkeynesianischen Keynesgesellschaft, habe ich mich sehr gefreut. Damit sind mit NoWaBo gleich zwei Leute im Vorstand, die Ahnung von Wirtschaftspolitik haben. Mit Cansel Kiziltepe, MdB aus Berlin und Volkswirtin, hätten es drei sein können, aber sie wurde nicht gewählt, was ich sehr bedaure.
Auch inhaltlich hat sich auf diesem Parteitag vieles getan. Unter anderem:

- Der Parteitag hat ein Investitionspaket in Höhe von 450 Milliarden Euro für 10 Jahre beschlossen, so wie es auch das IMK fordert und die Einführung einer Vermögenssteuer.
- Im Vordergrund des Klimabeschlusses steht nicht die CO2-Bepreisung, sondern ein Green New Deal (!!!!!).
- Er beschloss einen Mietendeckel für fünf Jahre, mehr Geld für geförderten Wohnungsbau und ein umfassendes Vorkaufsrecht für Kommunen (letzteres halte ich für einen sehr wichtigen Beschluss).
- Das Rentenniveau soll wieder erhöht werden.
- Das Arbeitslosengeld I soll verlängert werden und für Bürger:innen, die eine Aus- oder Weiterbildung machen soll es ein Arbeitslosengeld Q geben, das bis zu 3 Jahre ausgezahlt werden kann.
- In der Pflege soll eine Bürgerversicherung eingeführt werden.

Selbstverständlich könnte man noch vieles kritisieren. Zum Beispiel den Interpretationsspielraum bei der Sanktionierung des SGBII oder ob man wirklich für eine Abschaffung der Schuldenbremse ist. Die Reden von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans dazu waren deutlich. Insbesondere die von NoWaBo zur Abschaffung der Schuldenbremse.
Die Eskabo-SPD ist eine neue. Sie ist eine, die sich an diesem Wochenende programmatisch endgültig vom Neoliberalismus verabschiedet hat.

Aus dem Bauch gesprochen...

Na sowas, is ja verrückt

Von Monika Fath-Kelling

Der SPD-Parteitag, der das neue Führungsduo Esken/Borjans bestätigen sollte, war noch nicht einmal angetreten, da wurde schon flächendeckend und spartenübergreifend von der medialen Vuvuzela (Lärminstrument des deutschen Sommermärchens) der sichere Untergang des politischen Abendlands in die Welt getrötet.
Die SPD rückt nach links! .. Aufschrei: Brandt würde sich im Grab umdrehen, weiß Willys Witwe (welche?) in der BILD, in der ZEIT schmückt ein völlig verzweifeltes Brandtkonterfei in Lebensgröße das Titelblatt, sogar Gabriel, unser Überflieger, bestätigt seiner Parteibasis Grütze als Hirn. (die Einbindung in seine neue Peergroup hat scheinbar gut funktioniert...) Unfassbar! nach links also. Die SPD.
Man könnte ja fragen, wohin sonst sollte sie rücken, nach über einem Jahrzehnt GROKO. Die „christlichen" rechts überholen vielleicht? Die wiederum lamentieren und jammern, dass es seine Art hat: Warum gerade jetzt stellt die SPD ihre Mitwirkung in der GROKO zur Disposition? Wo es doch gerade soo gut läuft mit der eingespielten Arbeitsteilung: Lob und Lorbeer an die C-Parteien, als dankbarer Watschenmann „steht die SPD in der Verantwortung". Und jetzt auf einmal wollen diese undankbaren Sozis von der Basis doch nicht auch noch „die andere Wange hinhalten" wie es das alte christliche Selbstverständnis vorsieht. Nicht einmal mehr die Erinnerung an Staatsräson oder Pflicht- und Ehrgefühl können diese sturen Maulesel noch bewegen, die GROKO gut zu finden. Das grämt auch diejenigen in unseren Reihen, die sich eingerichtet haben im

sadomasochistischen Regierungsspiel, die gerne „weitermachen“ möchten: Schaut was wir erreicht haben, und die mediale Schelte und die Schläge, wir kennens doch nicht anders...Könnt uns gern ein bisschen treten, tun doch alle... der Schmerz zeigt uns nur, dass wir noch leben...
Regieren bis zur Selbstverleugnung. Wie wurde in der ZEIT genüsslich zitiert: „die SPD muss sterben, damit wir leben können“, Dank für die Blumen, liebe Medien. man könnte den Verdacht hegen, die gesamten Altparteien sollen abgeräumt werden und die „taufrischeAlternative“ ganz alternativlos das führungslose Schiff übernehmen. (Das Fehlen einer charismatischen Führungspersönlichkeit in der Politik wurde ZEITnah ja schon auf Seite 1 von Herrn Lorenzo bedauert).
Was können wir also tun? Noch viel weiter nach links rücken! Was heute als stramm links bezeichnet wird, war vor GROKO-Zeiten allenfalls Mitte mit Linksgeschmack. Ein Blick in frühere Grundsatzprogramme der Altparteien lohnt. Auch die Mär, die CDU wäre von Merkel „sozialdemokratisiert“ worden, wird da als solche erkennbar. Der Blick durch die neoliberal-rechtsaußen Brille, der allenthalben medial so gehypt wird, lässt selbst erzkonservative Einstellungen heute in rosarotem Licht erscheinen.
In solchen Fällen hilft nur Eines: sich nicht beirren lassen, sich, wie schon Kant vorgeschlagen hat, seines eigenen Verstandes bedienen, Haltung zeigen und konsequent jede Anbiederung unterlassen. Denn nicht wir sind verrückt, die Maßstäbe haben sich verrückt. Besser: sie wurden aktiv verrückt.
Dass Saskia unseren Fraktionsvorsitzenden Mützenich zur Seite gestellt hat, in dem sie die Gesprächsführung mit den C-Parteien über die GROKO für die neue Parteiführung reklamiert, werte ich als gutes Zeichen.
Laß dir den Faden da bloß nicht mehr aus der Hand nehmen Saskia! Du wirst unterschätzt, das ist dein Vorteil! Rollen rückwärts „kann“ die SPD, mal sehen ob sie auch einen Sprung vorwärts wieder hinkriegt!

Wenn im Recht verschärft wird

Von Mark Schuster

Im Sprachgebrauch der Juristen tendiert sie ebenso zur Phrase zu werden wie in der politischen und journalistischen Auseinandersetzung mit Fragen des Rechts: die Verschärfung. Eine kleine Sprachkritik am eigenartigen Jargon der Schärfe.
Am Anfang steht Verwunderung darüber, wie oft Politiker, Presseleute und juristische Praktiker das Wort von einer angeblich notwendigen Schärfe des Rechts im Munde führen.
Wenn in Deutschland beispielsweise die Kunden von Prostituierten zum Gebrauch von Kondomen verpflichtet werden, wird dies der Öffentlichkeit als „Verschärfung“ der Schutzgesetze vermittelt.
Wird dem Justizpersonal verboten, Kleidungsstücke zu tragen, die einen Hinweis auf ihr religiöses Bekenntnis geben könnten, gilt dies als „Verschärfung des Neutralitätsgebots“.
Die Forderung, die nachträgliche Sicherungsverwahrung wieder einzuführen, wird ebenso als „Verschärfung“ vermittelt wie der offenbar nur noch durch neues Recht zu exekutierende Wunsch des rheinland-pfälzischen Gesetzgebers, zwischen Lehrern und Schülern (w/d/m) möge kein Geschlechtsverkehr vollzogen werden.
Beschließt der Bundesgesetzgeber eine aktienrechtliche Regelung zum Einkommen von Managern in dem Bemühen, sie der Öffentlichkeit als „Verschärfung“ zu verkaufen, empört sich Heribert Prantl von der SZ zwar, dass die „angebliche Verschärfung des AktG [...] keine Verschärfung“ sei. In der Wahl der Worte hatte dieser sonst so leicht erregbare Beobachter von Recht und Justiz seinen moralischen Seismographen hier jedoch nicht geeicht.
Ob es um das Waffen- oder das Tierschutzrecht geht, das Ausländer- oder das Sexualstrafrecht: Ganz gleich, ob Tatbestände ausgeweitet, Fristen für den Zugang zu rechtlichem Gehör verkürzt, gutbürgerliche Sexualhygiene bzw. -manieren eingefordert oder Menschen wegen ihres schlechten Charakters länger als bisher üblich eingesperrt werden sollen – stets wird die Änderung des Rechts in der Öffentlichkeit als „Verschärfung“ verhandelt.
Manchmal, immerhin, grenzt der Jargon der Schärfe ans Komische. Karl-Josef Laumann, mehrfacher Gesundheits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen und in seiner Partei eher als „Herz-Jesu-Marxist“ bekannt, drohte beispielsweise 2009 mit einer „Verschärfung des Krankenhausgestaltungsgesetzes“ – in der Sache ging es um das eher harmlos anmutende Anliegen, Krankenhäusern zu verbieten, sich Patienten gegen Entgelt – in der Sprache des Ministers gegen „Fangprämien“ – zuweisen zu lassen.
Selbst in rechtlichen Randgebieten geht also mitunter nichts mehr ohne Griff ins rhetorische Gewürzregal.
Schon das „Grimm’sche Wörterbuch“ erkennt Beliebigkeit
Das Gesetz selbst spricht, soweit man jedenfalls dem Blick in altehrwürdige Regelungen glauben darf, eher selten die Sprache der Schärfe. §§ 12 Abs. 3, 46b Abs. 1 und 78 Abs. 4 Strafgesetzbuch (StGB) kennen „Schärfungen und Milderungen“ mit Blick auf die Schwere eines Falls. Im Jahr 2002 hielt es der Bundesgesetzgeber auch für nötig, §§ 818, 819 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) mit Überschriften zu versehen, die klarstellen, dass eine „verschärfte Haftung“ vorgeschrieben sei – ob dies nach 100 Jahren den Durchblick durchs Recht der ungerechtfertigten Bereicherung erleichterte, mag dahinstehen.
Wo gesetzliche Anhaltspunkte fehlen, um mit juristischer Dogmatik für einen eingegrenzten Bedeutungsgehalt von Fachbegriffen zu sorgen – der deutsche Strafrechtsgelehrte weiß zum Beispiel, was er mit „Schärfungen und Milderungen“ meint –, ist dem Gerede Tür und Tor geöffnet.
Beliebigkeit hat bei der Schärfe durchaus Tradition. Das „Grimm’sche Wörterbuch“ (Band 12, 1956) stellte bspw. mit Rückblick auf das historische Sprachmaterial fest, dass die Rede vom „Verschärfen“ zum „reinen Abstraktum geworden“ sei und ein „verstärkten, gewichtiger machen“ anzeige. Der sinn-

liche Aspekt von „etwas schärfer machen“ war schon damals verblasst.
Wenn in Österreich das Strafgesetz zwischen 1852 und 1975 vorgab, den Häftling im Zusammenhang mit der Kerkerhaft zu quälen, in dem er an Fastentagen zu hungern hatte, ihm das Bettzeug wegzunehmen, er in Dunkelhaft zu halten war oder er die „Züchtigung mit Stock- oder Ruthenstreichen“ über sich ergehen lassen musste, fielen alle diese sinnlichen Aspekte unter das vornehme Abstraktum der „Verschärfung“.
Selten wird „Verschärfung“ als liberale Forderung nach Trennschärfe verstanden
Es mag verständlich sein, wenn sich Politiker*innen durch die Forderung, das Recht zu „verschärfen“ – ganz egal, was das dann eigentlich heißen soll – ein wenig rhetorisches Heldentum in die Textbausteine ihrer Parlamentsreden und Presseerklärungen einfügen wollen. Ärgerlich ist daran nur, dass das Gerede von notwendigen Verschärfungen nicht selten nach spektakulären Einzelfällen hochkocht.
Leider zeichnet sich auch der richterliche Sprachgebrauch sehr selten dadurch aus, die Semantik der „Schärfe“ vielleicht einmal in die Richtung klassischer liberaler Vorstellungen vom Recht zu rücken – die Beliebigkeit der Vokabel böte dazu ja hinreichende Freiräume.
Ohne dass sich dies an dieser Stelle statistisch erhärten ließe, fällt bei der Durchsicht von rund 100 Gerichtsentscheidungen aus den 1880er bis 2010er Jahren, die eine „Schärfe“ oder „Verschärfung“ thematisieren, auf, dass vielmehr ganz überwiegend der Gleichung gefolgt wird, wonach eine „Verschärfung“ darin liegt, dem betroffenen Verfahrensbeteiligten eine Last aufzubürden – vom neuen Verbot, Fließgewässer zum Fischfang nur noch zur Hälfte absperren zu dürfen, über die Ausdifferenzierung zwischen einer zulässigen „Verschärfung“ und der nach § 358 II StPO verbotenen Schlechterstellung bis hin zur Redewendung, wonach eine Haftverschonung nicht etwa gegen Auflagen zu erwägen ist, die eine Fluchtgefahr reduzieren, sondern natürlich gegen „verschärfte Auflagen“.
Daran soll nun nicht etwa moniert werden, dass die richterliche Sprache an Klarheit verlöre, wenn die Rede auf das „Verschärfen“ kommt. Ganz allgemein trübt der Begriff nicht den Blick auf das, was gemeint ist.
Bemerkenswert ist vielmehr, dass Gerichte offenbar nur sehr selten ausdrücklich von einer begrifflichen Schärfe sprechen, die dem rechtssuchenden Bürger durch semantische oder kategorische Klarheit Schutz vor der Staatsgewalt bieten könnte.
Eine offenbar seltene Ausnahme findet sich im Urteil des BGH vom 06. März 1952 in der das Gericht in der Sache eines Angeklagten, der zehn Rinder illegal für den Schwarzmarkt geschlachtet hatte, dem nationalsozialistischen Gesetzgeber attestierte, dass § 1 Kriegswirtschaftsverordnung vom 04. September 1939 schärfere Anforderungen an die Verurteilung von Schwarzschlachtungen stellte als § 1 Wirtschaftsstrafgesetz vom 26. Juli 1949 – ausgerechnet der NS-Gesetzgeber hatte nach Auffassung des BGH also zugunsten des Angeklagten den Tatbestand schärfer, weil voraussetzungsreicher formuliert.
Konsequenz vor allem für rechtspolitische Rhetorik
Die nach Ansicht des BGH dem Angeklagten freundliche „Schärfe“ der Formulierung bestand übrigens im Erfordernis, dass der NS-Gesetzgeber die Feststellung der „Böswilligkeit“ des pönalisierten Handelns verlangt hatte, während der Nachkriegsgesetzgeber dieses Kriterium hatte entfallen lassen.
Wer von der Bereitschaft der Justiz im NS-Staat gelesen hat, einem Angeklagten ohne große Umstände eine strafbegründende gemeinschaftsfeindliche Gesinnung zu unterstellen, weiß, dass von der hier durch die Blume bekundeten Bürgerfreundlichkeit dieser „Schärfe“ nicht viel zu halten ist.
Vielleicht ist es gut, dass nach 1949 die Auseinandersetzung um die Klarheit von Rechtsbegriffen, deren Anwendung den Bürger in seinen Interessen und Bedürfnissen verletzen könnte, eher als Frage zulässiger juristischer Auslegungskünste und gesetzlicher Bestimmtheitsanforderungen – nicht ihrer „Schärfe“ – geführt wurde.
Ein wenig schade ist es gleichwohl, dass die Forderung nach einer „Verschärfung“ des Rechts heute praktisch ausschließlich als Jargon der Unbarmherzigkeit im Kampf der Guten gegen das Böse, das stets von fremden Menschen bewirkt wird, formuliert werden kann.
Eine rechtspolitische Forderung nach einer „Verschärfung des Mordparagraphen“ würde beispielsweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur dahingehend verstanden werden, die Todesstrafe einzuführen oder die höchst- und verfassungsrichterlichen Restriktionen in der Auslegung der 1941 formulierten Mordmerkmale fallenzulassen – statt genau umgekehrt, die menschenfreundliche Entscheidungspraxis in § 211 StGB einzuarbeiten.
Dabei würde gerade der Wunsch nach „verschärften Vorschriften“ dann einen Sinn ergeben, wenn er, als Verlangen nach Trennschärfe klaren, transparenten, die Rechtsprechung von Zeit zu Zeit aufgreifenden Regelungen gelten würde – nicht immer nur neuen Härten.

Konkurrenz und Kontrolle der Machthaber: checks and balances

Von Mark Schuster

Legislative, Exekutive und die Bundesstaaten haben jeweils eigene Interessen und Befugnisse. Sie kontrollieren sich gegenseitig und werden von der Wählerschaft, von Interessengruppen und ggf. vom Supreme Court kontrolliert. Eine wachsende gesellschaftliche Polarisierung erschwert Kompromisse.
Um Machtmissbrauch zu verhindern, haben die Architekten der US-amerikanischen Verfassung mehrere Kontrolldimensionen verankert: Erstens verleiht der Souverän, das heißt der wahlberechtigte Bürger, die Macht an seine Repräsentanten nur auf Zeit (temporale Machtkontrolle), damit die-

se ihm Rechenschaft schuldig bleiben. Zweitens verlangt die föderale Struktur, die Machtbefugnisse der den Bürgern näher stehenden Einzelstaaten mit jenen des Gesamtstaates in Einklang zu bringen (vertikale Machtkontrolle). Dies musste nicht zuletzt auf den Schlachtfeldern des Bürgerkrieges und in bis heute andauernde höchstrichterliche Auseinandersetzungen ausgefochten werden. Drittens gibt es sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch auf der Ebene des Gesamtstaates eine Teilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative (horizontale Machtkontrolle).

Der zentrale Unterschied zwischen dem US-amerikanischen (präsidentiellen) checks and balances-System und parlamentarischen Regierungssystemen wie dem der Bundesrepublik Deutschland liegt in der unterschiedlichen Beziehung zwischen der Legislative und der Exekutive begründet. Anders als der US-Präsident, der durch einen landesweiten Wahlakt persönlich gewählt wird und damit eigene Legitimation beanspruchen kann, wird die deutsche Kanzlerin mittelbar von der Mehrheit im Parlament gewählt. Auch in der politischen Auseinandersetzung muss die Spitze der deutschen Exekutive darauf vertrauen können, dass ihre politischen Initiativen von ihrer Fraktion bzw. Koalition im Bundestag mitgetragen werden. Die Stabilität sowohl der Regierung/der Exekutive als auch jene der Parlamentsmehrheit hängt von einer engen und vertrauensvollen Kommunikationsbeziehung zwischen beiden ab. Diese „Gewaltenverschränkung“ charakterisiert parlamentarische Regierungssysteme.

Legislative und Exekutive sind im politischen System der USA nicht nur durch verschiedene Wahlakte stärker voneinander „getrennt“. Das System der checks and balances ist darüber hinaus dadurch gekennzeichnet, dass die politischen Gewalten miteinander konkurrieren und sich gegenseitig kontrollieren. Der US-amerikanische Kongress übernimmt somit nicht automatisch die politische Agenda der Exekutive/des Präsidenten, selbst wenn im Fall des unified government das Weiße Haus (Sitz des Präsidenten) und Capitol Hill (Sitz des Kongresses) von der gleichen Partei „regiert“ werden. Noch weniger ist dies der Fall, wenn bei einem divided government Präsident und Kongress von unterschiedlichen Parteien „kontrolliert“ werden, was mit dem Wahlergebnis 2012 erneut eintrat.

Während im US-System die Legislative als Ganzes mit der Exekutive um Machtbefugnisse konkurriert, ist „Opposition“ im parlamentarischen System auf die Minderheit im Parlament beschränkt, die nicht die Regierung trägt. Insbesondere für die Regierungspartei/-koalition sind Partei- bzw. Fraktionsdisziplin grundlegend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der eigenen Regierung, ja des parlamentarischen Regierungssystems insgesamt zu gewährleisten. Da Exekutive und Parlamentsmehrheit in einer politischen Schicksalsgemeinschaft verbunden sind, haben einzelne Abgeordnete ein Eigeninteresse, bei wichtigen Abstimmungen nicht von der Parteilinie abzuweichen und sich der Fraktionsdisziplin zu fügen. Wahlverfahren, Parteienfinanzierung, Kandidatenrekrutierung und die hohe Arbeitsteilung im Parlament geben weitere Anreize für parteidiszipliniertes Verhalten.

Dagegen ist in den USA die politische Zukunft einzelner Abgeordneter und Senatoren weitgehend unabhängig von der des Präsidenten; ihre (Wieder-)Wahlchancen hängen vorrangig vom Rückhalt im eigenen Wahlkreis bzw. Einzelstaat ab. Aufgrund des Wahlsystems und der Politikfinanzierung sind sie als „politische Einzelunternehmer“ (political entrepreneurs) in den USA primär selbst für ihre Wiederwahl verantwortlich und haften gegebenenfalls auch persönlich für ihr Abstimmungsverhalten im Kongress, weil sie sich gegenüber Interessengruppen und Wählerschaft nicht hinter einer Parteidisziplin verstecken können. Den US-Parteien fehlen in der legislativen Auseinandersetzung Ressourcen und Sanktionsmechanismen, um den Gesetzgebungsprozess im Sinne einer Parteidisziplin zu gestalten.

Power of the purse: die Legislative

Die Legislative und ihre Befugnisse sind in der US-Verfassung – noch vor dem Präsidenten und dessen Aufgaben – an erster Stelle angeführt. Artikel I, Absatz 1 bestimmt: „Die gesetzgebende Gewalt ruht im Kongress der Vereinigten Staaten, der aus einem Senat und einem Abgeordnetenhaus besteht.“ Im Sinne der Verfassungsväter, dargelegt von James Madison in den Federalist Papers galt die Senatskammer seinerzeit schon als „gemäßigte und angesehene Körperschaft von Bürgern“ (temperate and respectable body of citizens), die nötig war, um die „regelwidrigen Leidenschaften“ (irregular passions) der Abgeordneten der zweiten Kammer zu zügeln.

Ihre unterschiedlichen konstitutionellen Eigenschaften begünstigen die Konkurrenz zwischen den beiden Kammern und bedingen damit eine weitere Form der Gewaltenkontrolle. Ein langjähriger Insider bringt die Rivalität zwischen House of Representatives und Senate auf den Punkt: Für Christopher Matthews, den ehemaligen Stabschef des legendären Sprechers des Abgeordnetenhauses, Tip O'Neill, existiert eine Art unsichtbare Trennwand zwischen beiden Kammern. Senatoren könnten Jahre auf dem Kapitol-Hügel zubringen, ohne je die andere Seite des Kapitols betreten zu haben – wenn es nicht die Reden des Präsidenten zur Lage der Nation (State of the Union) gäbe, zu der sich Senatoren und Abgeordnete im Plenum des größeren Abgeordnetenhauses versammeln. Es gäbe keinen anderen wirklich wichtigen Grund, um in Ungnade zu fallen, als als Senator hinüber zum Abgeordnetenhaus zu gehen. Andererseits würde es ein Abgeordneter aus Angst vor einer Demütigung nie wagen, die ehrwürdigen Hallen des Senats zu betreten.

Der Statusunterschied zwischen beiden ist enorm: Ein Senator vertritt einen ganzen Bundesstaat, sein Bekanntheitsgrad ist dementsprechend viel größer. Seine längere Amtszeit von sechs Jahren und Exklusivrechte in der Gesetzgebung (zum Beispiel die Blockademöglichkeit des filibuster, mithilfe derer er den ganzen Gesetzgebungsprozess aufhalten kann, verleihen ihm mehr Machtpotenzial. Dagegen repräsentiert ein Abgeordneter nur eine sehr viel kleinere Teileinheit eines Bundesstaates; er muss sich alle zwei Jahre zur Wahl stellen und ist über seinen Wahlkreis hinaus nur wenigen bekannt, es sei denn, er hat eine Führungsposition inne. Mehr noch als im Abgeordnetenhaus in der Hierarchie aufzusteigen, träumen die meisten Abgeordneten insgeheim davon, irgendwann auch einmal Senator zu werden. Hingegen gab es in der Parlamentsgeschichte der USA noch keinen Senator, der nach seinem Ausscheiden aus dem „Oberhaus“ (Senat) für das „Unterhaus“ (Repräsentanten-/Abgeordnetenhaus) kandidierte.

Doch die Verfassung zwingt beide zur Zusammenarbeit. Damit eine Gesetzesvorlage (bill) dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden kann, muss sie in beiden Kammern in iden-

tischer Form verabschiedet werden. Der dafür notwendige intensive Austausch findet häufig über den Mitarbeiterstab (congressional staff) der Senatoren und Abgeordneten statt; in vielen Fällen auch erst später, in einem ad hoc für eine bestimmte Gesetzesvorlage einberufenen Gremium: Im Vermittlungsausschuss (conference committee) verhandeln dann die von den Parteiführungen beider Kammern bestimmten Vertreterinnen und Vertreter in kleinerer Runde, um einen Kompromiss zu finden.

Hingegen hat auch die Legislative Möglichkeiten, die ausführende Gewalt zu kontrollieren, sprich oversight auszuüben: Bei schweren Verfehlungen, sogenannten high crimes and misdemeanors, kann der Senat (nach Aufnahme eines Verfahrens durch das Abgeordnetenhaus) sogar den Präsidenten seines Amtes entheben (impeachment). Völkerrechtlich bindende Vertragsunterzeichnungen des Präsidenten gelten erst, wenn sie vom Senat ratifiziert worden sind. Der Senat muss ferner präsidentiellen Personalernennungen für höhere Ämter wie Richter, Botschafter, Minister und weitere Spitzenbeamte zustimmen. Zwar kann der Präsident den Rat und die Zustimmung (advice and consent) des Senats umgehen, indem er Kandidaten außerhalb der Sitzungsperiode, das heißt über ein recess appointment, ernennt. Doch deren Amtszeiten enden dann mit der jeweiligen Legislaturperiode, und sie bekommen bei ihrer Amtsausübung den Unmut der Senatoren zu spüren. Denn das wirksamste politische Kontrollmittel ist die Macht der Geldbörse (power of the purse), das heißt, der Kongress muss bzw. darf die Haushaltsmittel insbesondere auch jene für Exekutivorgane bewilligen.

Die unterschiedlichen Wahlzyklen des Präsidenten und des Kongresses ermöglichen eine weitere Facette der Machtkontrolle, nämlich eine „geteilte Regierung". Mit den Wahlen 2012 wurde einmal mehr eine Regierungskonstellation des divided government etabliert, das heißt, dass die Partei, die den Amtsinhaber im Weißen Haus stellt, nicht über Mehrheiten im Kongress verfügt.

Während der Präsident im Falle eines unified government im Sprecher des Abgeordnetenhauses (speaker of the house) einen Verbündeten hat, der ihm hilft, Mehrheiten für seine politischen Initiativen zu organisieren, ist dieser im Falle des divided government sein schärfster Widersacher. Zwar verfügt der Sprecher des Abgeordnetenhauses wegen der fehlenden Partei- und Fraktionsdisziplin nicht über die enormen Sanktionsmittel, die ein Fraktionschef in einem parlamentarischen Regierungssystem wie in Deutschland hat. Der US-Präsident kann sich mit entsprechenden Hilfen für die Wahlkreise oder Einzelstaaten der umworbenen Abgeordneten und Senatoren sogar Kongressmitglieder der anderen Partei „kaufen". Doch hat auch der speaker Mittel zur Verfügung, um die Mehrheit seiner Parteifreunde auf Linie zu halten: Er kann die für Interessengruppen und deren Zuwendungen besonders attraktiven Vorsitzenden von Ausschüssen und Unterausschüssen bestimmen, über einen Verfahrensausschuss, das rules committee, regeln, ob und in welchen Ausschüssen bzw. Unterausschüssen ein Gesetz behandelt wird, und festlegen, inwieweit Änderungsanträge (amendments) zulässig sind und welche Prozeduren zu erfolgen haben. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gibt dem Sprecher also wirksame Machtinstrumente an die Hand.

Erheblich schwieriger ist es, den Senat zu führen. In dieser Kammer kann ein einziger Senator mit Dauerreden, einem sogenannten filibuster, den Geschäftsbetrieb aufhalten – solange ihm nicht eine qualifizierte Dreifünftelmehrheit von 60 Senatoren den Mund verbietet. „To invoke cloture" lautet das Manöver, um ein filibuster abzuwenden.

Macht und Ohnmacht der Exekutive

Geprägt durch die historische Erfahrung mit den Monarchien der „Alten Welt" wollten die Verfassungsväter die Machtbefugnisse des Präsidenten beschneiden. Doch die Bedrohung durch das Königreich Großbritannien und die Persönlichkeit des ersten amerikanischen Präsidenten George Washington (1789-1797) sorgten dafür, dass das Amt mit mehr Handlungsspielraum, also zusätzlichen Machtbefugnissen gegenüber dem Kongress und gegenüber den Einzelstaaten, ausgestattet wurde. Washington, ehemaliger Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee der 13 nordamerikanischen Kolonien im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) gegen die britische Kolonialmacht, beanspruchte als Präsident und Hüter der neu gewonnenen „independence" vom Mutterland ebenso im Inneren größere Gestaltungsmacht. Auch im Laufe der weiteren Geschichte wurden als Reaktion auf nationale Krisen, etwa auf die Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren, den Zweiten Weltkrieg und die Anschläge vom 11. September 2001, die Bundeskompetenzen, vor allem jene des Präsidenten, erheblich erweitert. Als Staatsoberhaupt, Regierungschef, Chef der Bundesverwaltung, höchster Diplomat, militärischer Oberbefehlshaber und Parteiführer kann der Präsident heute umfangreiche, in der Verfassung garantierte Aufgaben und Funktionen beanspruchen.

Dennoch ist im politischen System der checks and balances seine Macht beschränkt. Je nach Politikbereich verfügt der Präsident über unterschiedliche Machtbefugnisse: Während in der Sicherheitspolitik selbst das Oberste Gericht die mangelnde Gewaltenkontrolle seitens der Legislative beklagt, sind dem Präsidenten in allen anderen Politikfeldern, etwa in der Wirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Energiepolitik, durch den Kongress oftmals die Hände gebunden.

Der US-Präsident, der selbst keine Gesetzesvorlagen einbringen kann und bei Initiativen gleichgesinnte Abgeordnete und Senatoren benötigt, ist im Gesetzgebungsprozess laufend gefordert (und gelegentlich überfordert), im Kongress für die Zustimmung zu seiner Politik zu werben, das heißt je nach Politikinitiative unterschiedliche und zumeist parteiübergreifende Ad-hoc-Koalitionen zu schmieden.

Das ist für den seit Januar 2009 amtierenden Präsidenten sehr mühsam geworden. Präsident Obama konnte nur in den ersten zwei Jahren seiner ersten Amtszeit auf die Mehrheit seiner Parteifreunde im Kongress (sprich im Abgeordnetenhaus und Senat) zählen und diese Zeit für umfangreiche Maßnahmen wie die Gesundheitsreform oder die Reform der Finanzmärkte nutzen. Seit Februar 2010, als die Demokraten mit der Nachwahl des durch den Tod von Edward Kennedy freigewordenen Sitzes ihre Dreifünftelmehrheit (60 Stimmen) im Senat verloren, und insbesondere seit die Republikaner bei den Zwischenwahlen vom November 2010 die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zurückerlangten, ist es für ihn noch viel schwieriger geworden, Kompromisse mit der Legislative zu finden.

Daran änderte auch seine Wiederwahl 2012 nichts. Mit der Bestätigung der Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus kann bis zu den nächsten Zwischenwahlen im November 2014

mindestens eine Kammer der Legislative, entweder der Senat oder insbesondere das von den Republikanern kontrollierte Abgeordnetenhaus, die Initiativen des Demokratischen Amtsinhabers im Oval Office blockieren. Das ist umso problematischer, als der Amtsinhaber ja gewählt und wiedergewählt wurde, um den enormen wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Landes abzuhelfen. Für Kompromisse bleibt ohnehin wenig Zeit, weil schon 2014 wieder Kongresswahlen anstehen und der Präsident spätestens dann als „lahme Ente" (lame duck) gilt. Denn er kann nach seiner zweiten Amtszeit nicht mehr wiedergewählt werden und verfügt deshalb in der legislativen Auseinandersetzung über weniger „politisches Kapital" (political capital): Beim politischen Kuhhandel – im Englischen als „Pferdehandel" (horse trading) bezeichnet – sichert sich der Präsident die Unterstützung des einen oder anderen Gesetzgebers, indem er im Gegenzug versichert, künftig die eine oder andere wählerwirksame finanzielle Unterstützung in den Wahlkreis bzw. Einzelstaat des umworbenen Abgeordneten oder Senatoren fließen zu lassen. Diese Versprechungen verlieren jedoch gegen Ende der Präsidentschaft an Zugkraft.

Der Präsident muss nunmehr politische Führung (leadership) demonstrieren. Wenn er nicht mehr mit Angeboten locken kann, dann muss er umso mehr öffentlichen Druck ausüben. Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) prägte den Begriff der „bully pulpit", das Bild der „hervorragenden" (bully) Redeplattform einer Kanzel (pulpit), welche die Präsidentschaft seiner Ansicht nach bot, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seine exponierte Stellung als einziger landesweit gewählter Politiker kann der Präsident dazu nutzen, um über die Massenmedien auch die Wählerbasis der Kongressmitglieder für seine Agenda zu mobilisieren, damit die (qualifizierte) Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren seiner Politik folgen. Das ist dennoch nicht einfach, da diese eine institutionelle Identität als Mitglieder des Kongresses haben, sich der „anderen Staatsgewalt" (the other branch of government) zugehörig fühlen und mit der Exekutive um Macht konkurrieren.

Die Sorge der Legislative um die institutionelle Machtbalance tritt jedoch in den Hintergrund, wenn Gefahr in Verzug ist. In Krisen- und Kriegszeiten steht der Präsident als Oberster Befehls-haber im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ihm kommt die Rolle des Schutzpatrons zu. Der patriotische Sammlungseffekt des rally around the flag bedeutet einen immensen Machtgewinn und Vertrauensvorsprung für den Präsidenten und die Exekutive. Nicht zuletzt symbolisiert das Präsidentenamt die nationale Einheit, gilt das Weiße Haus als Ort der Orientierung, an dem in Krisenzeiten die Standarte hochgehalten wird. Präsidenten konnten immer wieder nationale Krisen dazu nutzen, die Struktur des Regierungsapparats und der Verwaltung grundlegend zu verändern, indem sie exekutive Kompetenzbereiche auf nationaler Ebene gebündelt und oftmals auch erweitert haben.

So mündete die „Große Depression" der 1930er-Jahre in den Sozialstaat, der von Präsident Franklin D. Roosevelt (1933-1945) geprägt wurde. Im Zuge der militärischen und sicherheitsdienstlichen Aufrüstung im Zweiten Weltkrieg erhielt die Bundesregierung umfangreiche Sicherheitsaufgaben. Im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion etablierte sich eine Interessenverbindung zwischen Militär, Rüstungsindustrie und politischen Eliten. In seiner Abschiedsrede warnte Präsident Dwight D. Eisenhower (1953-1961), der einst selbst Generalstabschef der Armee war, im Januar 1961 vor diesem „militärisch-industriellen Komplex".

Der Kalte Krieg und seine Nebenkriegsschauplätze, etwa in Vietnam, gingen auch im Inneren einher mit einer „imperialen Präsidentschaft", so der Buchtitel des US-Historikers und Beraters zweier US-Präsidenten, Arthur Schlesinger Jr., 1973: Das Regierungshandeln der Kriegspräsidenten Lyndon B. Johnson (1963-1969) und Richard Nixon (1969-1974) war wenig transparent und im Falle Nixons höchst kriminell. Ihm drohte ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) wegen „schwerster Verbrechen und Amtsvergehen" (high crimes and misdemeanors). Denn seine Machenschaften hatten das System der checks and balances aus dem Gleichgewicht gebracht. Um in der Watergate-Affäre einer formalen Amtsenthebung zu entgehen, trat Nixon schließlich am 9. August 1974 zurück. Danach schlug das Pendel wieder in die andere Richtung: In Reaktion auf die Grenzüberschreitungen der Exekutive beanspruchte der Kongress wieder mehr Machtbefugnisse.

Die Verunsicherung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der von der Regierung George W. Bush so genannte Globale Krieg gegen den Terror eröffneten einmal mehr Möglichkeiten, die Gestaltungsmacht des Präsidenten und der unter seiner Führung handelnden Exekutive auszuweiten. Schon unmittelbar nach Amtsantritt hatten Präsident George W. Bush, Vizepräsident Richard (Dick) Cheney und ihre Gefolgsleute keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass sie die Position der Exekutive auf Kosten der Machtbefugnisse der Legislative zu stärken beabsichtigten. Diese offensive Strategie des Weißen Hauses, den vor allem in der Amtszeit des Vorgängers Bill Clinton (1993-2001) erstarkten Kongress wieder in eine untergeordnete Rolle zu drängen, erhielt mit den Terroranschlägen von New York und Washington ihre Legitimation – und zwar durch die in der US-amerikanischen Bevölkerung gemeinhin gehegte Überzeugung, dass dies angesichts der nationalen Bedrohung rechtens, ja notwendig sei. Im Globalen Krieg gegen den Terror konnte der Präsident nunmehr die dominante Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte spielen. Aber auch in der nationalen Diskussion gelang es George W. Bush, seine Diskurshoheit zu etablieren und sich als Schutzpatron zu geben, der die traumatisierte Nation vor weiteren Angriffen bewahrt.

Unter dem Primat der Sicherheit konnte Präsident Bush auch innerhalb der Exekutive Organisationsstrukturen aufbrechen und Kompetenzen neu verteilen. Zahlreichen Ministerien wurden Ressourcen und Aufgabenbereiche entzogen und dem 2002 neu geschaffenen Heimatschutzministerium, dem Department of Homeland Security (DHS), zugewiesen. Eine Vielzahl von Einheiten aus anderen Ministerien wurde in dieses neue Heimatschutzministerium integriert, zwei Dutzend Bundesbehörden mit etwa 180 000 Bediensteten und einem jährlichen Budget von 40 Milliarden Dollar darin zusammengefasst. In Fragen der inneren Sicherheit ist das Department of Homeland Security auf horizontaler Regierungsebene federführend bei der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien. Es ist zudem bei der vertikalen Koordination die zentrale Ansprechstelle für Behörden auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene. Seine Schaffung ist Teil des umfangreichsten Umbaus, dem die Regierungsorganisation der Vereinigten Staaten seit dem

Ende des Zweiten Weltkrieges unterzogen worden ist.
Die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten den USA auch vor Augen, dass ihre Geheimdienste versagt hatten. Dieser nationale Schock erleichterte es dem Kriegspräsidenten Bush, die Struktur der Nachrichtendienste zu verändern, um den Informationsfluss innerhalb der sogenannten intelligence community zu bündeln. Vor den Anschlägen waren die diversen Einheiten für ihre Geheimniskrämerei bekannt: Sie taten sich schwer damit, Informationen auszutauschen, auch weil sie miteinander um die knappen finanziellen Ressourcen konkurrierten. Doch auch die Geldknappheit veränderte sich mit einem Schlag: Nach den Terroranschlägen wurden die Mittelzuweisungen für die neu aufgestellten Teileinheiten massiv aufgestockt.
Im Rahmen des Globalen Krieges gegen den Terror wurde Recht neu interpretiert – im nationalen wie internationalen Rahmen. Mit dem Angriffskrieg gegen den Irak und den auch von der nachfolgenden Obama-Regierung als Folter eingestuften Praktiken bei Verhören wurde Völkerrecht gebrochen. Um den inneren politischen Frieden zu wahren, scheute Präsident Obama jedoch davor zurück, die federführenden Mitarbeiter der Bush-Administration juristisch zur Verantwortung zu ziehen. In Obamas bisheriger Amtszeit sind auch viele von der Vorgängerregierung eingeleitete Strategieänderungen weitergeführt, ja forciert worden. Die Obama-Regierung hat letztlich den Globalen Krieg gegen den Terror rhetorisch geschickter vermittelt und mit weniger militärischem Aufwand und geringeren politischen wie ökonomischen Kosten, dafür aber mit größerem geheimdienstlichem Einsatz weitergeführt.
Washington riskiert mit ihren Drohnenangriffen, die Bevölkerungen dieser Länder gegen sich aufzubringen, Terrorgruppen die Rekrutierung zu erleichtern und diplomatische Verstimmungen zu verursachen. Am Ende könnte es mit diesem Vorgehen gerade jene Alliierten verprellen, mit denen es die Last der globalen Verantwortung teilen möchte, so die eindringliche Warnung eines langjährigen Sicherheitsberaters des amerikanischen Außenministeriums: John B. Bellinger III stellte in einem Meinungsbeitrag in der Washington Post vom 3. Oktober 2011 die rhetorische Frage: „Will Drone Strikes Become Obama's Guantánamo?" Umso mehr wurde die Zusammenarbeit mit den Alliierten belastet, als durch die Enthüllungen Snowdens bekannt wurde, dass die amerikanischen Nachrichtendienste im großen Umfang auch Verbündete der Europäischen Union abhören.
Der Globale Krieg gegen den Terror verursachte vor allem innenpolitische „Kollateralschäden". Aus Sicht der Bush-Regierung hatte die Präventionsfunktion Vorrang vor der Rechtsfindungs- und Rechtsstaatsfunktion. Diese Umgewichtung blieb nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis zwischen persönlichen Freiheitsrechten und Sicherheit: Die Prävention künftiger Terroranschläge ging oft auf Kosten individueller Freiheit. Mehr noch: Die sogenannte Ashcroft-Doktrin der Prävention (benannt nach dem federführenden Justizminister John Ashcroft) drohte die grundlegende Sicherung persönlicher Freiheitsrechte durch das System sich gegenseitig kontrollierender Gewalten auszuhebeln.
Befürworter dieses Vorgehens sehen die außerordentlichen Machtbefugnisse der Exekutive durch die alles überragende Schutzrolle des Obersten Befehlshabers legitimiert. Aus dieser Sicht erscheint es vertretbar, dass in Kriegszeiten das zivile Recht, das stärker den Anspruch auf individuelle Freiheitsrechte betont, zum Kriegsrecht mutiert, in dem der kollektive Sicherheitsaspekt alle anderen überragt. In den verschiedenen Problembereichen lässt sich entsprechend ein gemeinsamer Nenner ausmachen: Es geht weniger um die strafrechtliche Verantwortung einzelner Täter und deren Verfolgung wegen begangener Taten, sondern vielmehr um die allgemeine Verhinderung künftiger Attentate. Denn wie Justizminister Ashcroft in seiner Ansprache bei der U.S. Attorneys Conference in New York am 1. Oktober 2002 erklärte, war die „Kultur der Hemmung" (culture of inhibition) vor dem 11. September „so stark auf die Strafverfolgung begangener Straftaten fokussiert, dass sie die Prävention künftiger Terroranschläge einschränkte."
Nicht wenige Beobachter sahen in dieser Praxis aus verfassungsrechtlicher Warte hingegen ein gefährliches Wagnis, bei dem die im politischen System der USA fest verankerten Prinzipien der checks and balances ausgehebelt zu werden drohten. Kenntnisse der amerikanischen Geschichte begründen diese Befürchtungen: In einer eingehenden Analyse mit dem Titel „All the Laws but One: Civil Liberties in Wartime" warnte William Rehnquist, bis zu seinem Tode Anfang September 2005 Chief Justice (Oberster Richter) des Supreme Court, bereits 1998 vor der Gefahr, dass der Oberste Befehlshaber in Kriegszeiten durch zusätzliche Machtbefugnisse dazu verleitet wird, den konstitutionellen Rahmen zu überdehnen.
Zwar hat Bushs Nachfolger, der seit dem 20. Januar 2009 amtierende Präsident Barack Obama, sich gleich in seiner Ansprache zur Amtseinführung von der Politik seines Vorgängers distanziert. Doch sind seinen Worten bislang wenige Taten gefolgt. Mittlerweile ist über die Medien ans Tageslicht gekommen, dass viele Sicherheits- und Geheimdienstpraktiken der Bush-Administration von der Obama-Regierung im Dunkeln weitergeführt bzw. in vielen Bereichen sogar noch forciert wurden. Unter Trump wurde nichts bekannt, bekannt wurde eher sein dilettantisches Verhalten in Syrien.

Sicherungsinstanz Judikative

Auch die Frage, ob die Rechtsprechung der Exekutive ihre Grenzen aufzeigen könnte, beurteilte der Oberste Richter skeptisch: „Wenn die (höchstrichterliche) Entscheidung getroffen wird, nachdem die Kriegshandlungen beendet sind, ist es wahrscheinlicher, dass die persönlichen Freiheitsrechte favorisiert werden, als wenn sie getroffen wird, während der Krieg noch andauert", so William Rehnquist 1998 im oben erwähnten Buch. Obschon zivilgesellschaftliche Interessengruppen vereinzelt einige Teilerfolge vor Gericht erzielen und einschlägige Urteile erwirken konnten, wurden diese in der Regel nach Gegenhalten der Exekutive von höheren Instanzen wieder zurückgewiesen oder für nicht rechtskräftig erklärt.
Letztendlich sind solche Fälle dann von der höchsten richterlichen Instanz, dem Supreme Court, zu entscheiden. Die Urteile der neun Richterinnen und Richter beeinflussen unter anderem auch die Kräfteverhältnisse der politischen Gewalten im US-System der checks and balances. So wurden die Versuche der Regierung George W. Bushs, die eigenen Machtbefugnisse auf Kosten der Legislative und Judikative auszuweiten, vom Supreme Court verurteilt – unter anderem mit der Rechtsprechung vom Juni 2008 (Boumediene et al vs. Busch et al). Die Richter entschieden, dass die „Habeas Corpus"-Bestimmung auch für Guantánamo Geltung habe, woraufhin

fünf der sechs klagenden Guantánamo-Häftlinge im November 2008 entlassen wurden. Dieses Urteil erging allerdings mit einer knappen Mehrheit von fünf gegen vier Stimmen. Dabei haben die beiden von Präsident Bush ernannten Richter Samuel A. Alito und Chief Justice John G. Roberts, Jr. in ihrer Minderheitsmeinung den Machtanspruch und die Vorgehensweise des Präsidenten im Globalen Krieg gegen den Terror gebilligt.

Mit jeder Neubesetzung von Richterämtern am Supreme Court stehen mit einer möglichen Veränderung der Mehrheitsverhältnisse auch grundlegende, für die Qualität der amerikanischen Demokratie ausschlaggebende Entscheidungen auf dem Spiel. So konnten die Obersten Richter auch eine der größten Verfassungskrisen der jüngsten US-amerikanischen Geschichte entschärfen, indem sie im Fall Bush v. Gore am 12. Dezember 2000 den Ausgang der heftig umstrittenen Präsidentschaftswahl zugunsten des Republikaners George W. Bush entschieden.

Trotz dieser fundamentalen Kontroversen genießt der Supreme Court in der US-Bevölkerung höchste Autorität. Seine Zustimmungsraten übertreffen bei Weitem die Werte der anderen politischen Gewalten, namentlich des Kongresses und des Präsidenten.

Doch sind auch die Rechtsprechungen des Obersten Gerichts nicht in Stein gemeißelt. Im Laufe der Entwicklung der USA von einer Agrar- über eine Industrie- hin zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft mussten die Richter immer wieder neue Realitäten mit den (interpretierbaren) Verfassungsgrundsätzen in Einklang bringen. Doch die Interpretationsfähigkeit des Verfassungstextes ist bis heute umstritten. Während die einen den Text der Verfassung nur gemäß der „ursprünglichen Absicht“ (original intent) ihrer Väter auslegen wollen, sehen die anderen im Verfassungstext ein „lebendes Dokument“ (living document). Dementsprechend fordern erstere juristische Zurückhaltung (judicial restraint) und verurteilen den Standpunkt der anderen Gruppe, die weite rechtliche Auslegung, als Aktionismus (judicial activism).

Bei einigen Urteilen geht es im wahrsten Sinne um Leben und Tod. Mit der Entscheidung des Obersten Gerichts zur Abtreibung (Roe v. Wade, 1973) wurden viele Gläubige politisiert. Die Liberalisierung des Abtreibungsrechts bedeutete die Geburtsstunde der politischen Bewegung der Christlich Rechten, konservativer evangelikaler und katholischer Interessengruppen und ihrer Wählerschaft, die sich seither im Sinne einer „moralischen Mehrheit“ verstärkt für die Republikaner engagieren. Sogenannte moralische Themen (moral issues) wie Abtreibung spalten nicht nur die Bevölkerung in Befürworter und Gegner, sondern beschäftigen seit Jahrzehnten die Politik und die diversen Instanzen im US-amerikanischen Justizsystem.

Auch in der Jurisprudenz herrscht das Prinzip der vertikalen Gewaltenteilung – zwischen der Gerichtsbarkeit des Bundes und der Einzelstaaten, die parallel existieren. Ohnehin konkurrieren die Staaten mit dem Bund um Kompetenzen – das sind historisch angelegte, permanente Auseinandersetzungen, die im Laufe der US-amerikanischen Verfassungsgeschichte auch den Supreme Court immer wieder zu Grundsatzentscheidungen genötigt haben.

Die USA – eine europäische Idee mit welthistorischer Bedeutung

Von Mark Schuster

Die Verfassung von 1787 ist bis heute Grundlage politischen Handelns in den USA. Sie genießt nicht nur bei der eigenen Bevölkerung Anerkennung, auch international haben ihre Prinzipien und ihr freiheitliches Gesellschaftsmodell im Grunde Vorbildcharakter. Seit 2001 ist es allerdings schwieriger geworden, diesen hohen Anspruch zu erfüllen.

Die Architekten der US-amerikanischen Verfassung, die sogenannten Gründerväter, darunter Benjamin Franklin, Alexander Hamilton, Thomas Jefferson und George Washington, genießen bis heute in den USA für ihr Werk große Wertschätzung. Dass die älteste bis heute gültige republikanische Staatsverfassung auch im 21. Jahrhundert mehr oder weniger unverändert besteht, liegt an ihrer elastischen Konstruktion. Die miteinander verbundenen Prinzipien der Volkssouveränität, der individuellen Menschenrechte und der Repräsentation gewährleisten immer noch die Statik des Verfassungsgerüsts von 1787.

Die antike Vorstellung vom Volk als Quelle von Regierungsmacht wurde mit dem neuzeitlichen Konzept individueller Menschenrechte verschränkt: In einer liberalen Demokratie stößt der Mehrheitswille des Volkes dort an Grenzen, wo er die Rechte von Minderheiten beschneidet – eine „Tyrannei der Mehrheit“ soll verhindert werden. Das Misstrauen gegenüber der breiten Masse wird in einem weiteren Konstruktionselement deutlich, der repräsentativen Demokratie: Insbesondere auf der Ebene des Bundesstaates sollte nicht das Volk selbst im Sinne einer direkten Demokratie entscheiden, sondern seine Repräsentanten. Dahinter steht die Erwartung, dass vom Volk gewählte Vertreterinnen und Vertreter in ihrem Handeln weniger durch Leidenschaften und Affekte geleitet sind, sondern eher rationale und weitsichtige Entscheidungen treffen als eine direkte Volksregierung.

Die „Erfindung“ der amerikanischen Nation, so der US-amerikanische Politikwissenschaftler Benedict Anderson in seinem 1988 auf Deutsch erschienenen gleichnamigen Buch, gründet denn auch wesentlich auf der Emanzipation vom „Alten Kontinent“ Europa mit seinen Staatskirchen und Herrschern von Gottes Gnaden. Gleichzeitig waren die Siedler in der „Neuen Welt“ von Beginn an von dem Bewusstsein erfüllt, eine von Gott auserwählte Nation zu sein: „God’s own country“. Diese Abkehr vom Staatskirchentum, verbunden mit dem Bewusstsein des Auserwähltseins, kommt auch im ersten Verfassungszusatz zum Ausdruck: Die Einrichtung einer staatstragenden Amtskirche wird untersagt

und Religions- und Meinungsfreiheit gewährleistet. Diese verfassungsrechtlich gewährte Freiheit schafft bis heute Raum für Pluralismus und ein ständiges Ringen um die legitime Position von Religion im Spannungsfeld zwischen privater und öffentlich-politischer Sphäre. So steht etwa das Schulgebet bis heute im Zentrum politischer Auseinandersetzungen, insbesondere seit das Oberste Gericht, der Supreme Court, 1985 im Fall Wallace v. (v. = versus, lat. für gegen) Jaffree entschied, dass in staatlichen Schulen sogar eine Minute der Stille zum freiwilligen Beten oder Meditieren gegen die „establishment clause" verstoße, die vor der Etablierung einer Staatsreligion schützen soll.

Geprägt von den Erfahrungen absolutistischer Herrschaft, insbesondere von den Praktiken der damaligen Kolonialmacht Großbritannien, und inspiriert durch aufklärerische Ideen der Philosophen John Locke und Montesquieu, wollten die Exilanten fernab ihrer Heimat eine „Neue Welt" schaffen. In ihr sollte Herrschaft nicht wie auf dem „Alten Kontinent" von oben, von Gottes Gnaden, legitimiert sein, sondern jegliche Macht von unten, vom Volke, auf Zeit verliehen werden. Der Einzelne – wobei damals indes nur an den wohlhabenden Mann mit weißer Hautfarbe gedacht war – galt als Quelle der Volkssouveränität. Darüber hinaus sollte im Sinne einer liberalen Verfassung durch Prinzipien der Gewaltenkontrolle Missbrauch verhindert werden, um individuelle Grundrechte vor staatlicher Willkür zu schützen.

Die wichtigsten, im Weiteren als individuelle oder persönliche Freiheitsrechte bezeichneten civil liberties werden durch die ersten zehn Verfassungszusätze (amendments) garantiert. Diese auch unter dem Begriff der Bill of Rights zusammengefassten Grundsätze wurden am 15. Dezember 1791 als Ganzes in die US-Verfassung aufgenommen. Nach dem Bürgerkrieg (1861-1865) kamen weitere Verfassungszusätze dazu, wobei der 14. besonders bedeutsam für den Schutz der individuellen Freiheitsrechte jeder Person – ungeachtet der Staatsbürgerschaft – ist. Allerdings hat die verfassungsrechtliche Auslegung des Supreme Court gezeigt, dass einige der individuellen Freiheitsrechte ausschließlich US-Amerikanerinnen und -Amerikanern vorbehalten sind.

Die Verfassungsväter haben der Gewaltenkontrolle besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn das Grundprinzip der konkurrierenden, sich gegenseitig kontrollierenden Staatsgewalten (checks and balances) hat eine grundlegende Bedeutung für die Sicherung individueller Freiheitsrechte. Neben der horizontalen Gewaltenteilung in die gesetzgebende (Legislative), die ausführende (Exekutive) und die richterliche Gewalt (Judikative) wurde in der amerikanischen Verfassung auch eine vertikale Gewaltenkontrolle angelegt: Die Befugnisse zwischen den Einzelstaaten und dem Bundesstaat wurden aufgeteilt. Mit horizontaler und vertikaler Gewaltenteilung sollte verhindert werden, dass die Rechte und Freiheiten des Einzelnen und jene der Einzelstaaten über Gebühr eingeschränkt werden.

Gleichwohl wurden die Rechte der Einzelstaaten, die states' rights, mit Billigung des Supreme Court auch dazu missbraucht, um bis ins 20. Jahrhundert in den Südstaaten der USA die Rassendiskriminierung aufrechtzuerhalten. Erst in den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es der Bürgerrechtsbewegung, dem civil rights movement, die Rassentrennung und -diskriminierung mehr oder weniger zu überwinden. So erklärte der Supreme Court 1954 im Fall Brown v. Board of Education die Rassentrennung an staatlich finanzierten Schulen für unzulässig. Der Voting Rights Act von 1965 ermöglichte schließlich auch der afroamerikanischen Bevölkerung verbesserte Rechte zur politischen Teilhabe. Rassendiskriminierung ist jedoch bis heute ein politisch brisantes Thema geblieben.

Ungeachtet solcher Unzulänglichkeiten sollte schon nach dem Ansinnen der frühen Siedler der Neuen Welt das „amerikanische Experiment" die Welt verbessern. Das Leitbild US-amerikanischer Außenpolitik bewegte sich im Laufe ihrer Geschichte kontinuierlich zwischen Absonderung von der Welt und missionarischem Drang zur Weltverbesserung. Der selbstverstandene Ausnahmecharakter der USA, der sogenannte Exzeptionalismus, manifestierte sich dementsprechend in unterschiedlicher Weise: zum einen, indem die „beinahe auserwählte" Nation („almost chosen", so Abraham Lincoln), die „city upon a hill" (so der puritanische Pionier John Winthrop 1630 in Anspielung auf das biblische Jerusalem, das einen engen Bund mit Gott hatte) selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild diente, oder zum anderen, indem sie die Welt aktiv verändern wollte, sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Vorgehen im Alleingang oder mit Unterstützung anderer Staaten.

Nach den für die USA traumatischen islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington haben die Bemühungen von US-Präsident George W. Bush (2001-2009), mehr Sicherheit auf Kosten der Freiheit zu erlangen und die Welt mit militärischen Mitteln zu demokratisieren, jedoch zu einem merklichen Qualitätsverlust der eigenen, US-amerikanischen Demokratie geführt. Barack Obamas Wahl zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gab Anlass zur Hoffnung auf einen Kurswechsel. „Change we can believe in" hatte sein Wahlkampfmotto gelautet, und in seiner Amtsantrittsrede verurteilte er die Politik seines Vorgängers: „Wir verweigern uns gegen die irreführende Wahlmöglichkeit zwischen unserer Sicherheit und unseren Idealen." Er bekundete dagegen die Absicht, unter seiner Führung der von den Gründervätern verfassten Charta zur Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten wieder neuen Glanz zu verleihen. „Diese Ideale erleuchten immer noch die Welt, und wir geben sie nicht preis, nur weil es zweckdienlich erscheint", so Obama in seiner Ansprache.

Ob es Präsident Obama gelingen wird, die inneren Kollateralschäden des „Globalen Krieges gegen den Terror" (Global War on Terror) und den internationalen Ansehensverlust der einstigen liberalen Vorbilddemokratie zu reparieren, blieb zunächst abzuwarten. Dies wäre nicht ohne Belang, denn der Qualitätszustand der freiheitlich verfassten offenen US-Gesellschaft beeinflusst aufgrund ihres Vorbildcharakters die weltweite Wahrnehmung demokratischer Rechtsstaatlichkeit und internationaler Rechts- und Ordnungsvorstellungen. Spätestens mit der ersten Legislaturperiode Donald Trumps ist dies entschieden abzulehnen.

Da die USA diesen Vorbildcharakter besitzen und die Präsidentschaftswahlen 2020 aus europäischer Sicht enorm wichtig sind, wird an dieser Stelle in den nächsten Monaten das politische System, weitere wichtige Informationen sowie einige der bisher 45 Präsidenten vorgestellt.

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzende:
Gabriele Greiff-Capell

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Distrikt Anger-Bruck freut sich auf zahlreichen Besuch zur Distriktversammlung

am Mittwoch, den 08.Januar 2020 um 18:30 Uhr

im Angerwirt, Guhmannstraße 10.

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 15. Januar, 19.00 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 14. Januar, 20 Uhr

im Nebenraum der Kulisse

Für den Vorstand,
Monika Fath-Kelling

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

PROTOKOLL für monatliches Treffen des SPD-Distrikt Erlangen-Süd am 13.11.2019
Bürgertreff Berliner Platz
Beginn: 20 Uhr
Ende: 21.30 Uhr
Anwesend: Bartschat, Christoph; Rohr, Brigitte; Dr. Richter, Andreas; Schuster, Mark; Simsek, Eda; Sirotek, Helga; Thaler, Robert;
Entschuldigt:

TOP 1: Begrüßung
Dr. Andreas Richter, Vorsitzender, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Distrikts herzlich zur monatlichen Sitzung und frägt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Es wird kein Widerspruch erhoben.

TOP 1.1: Kommunalwahl
Die Kommunalwahl kommt immer näher: 15.03.2020. Dazu müssen wir als Distrikt auch in unserem Gebiet tätig werden und für uns werben.
Als Tätigkeiten kommen dabei folgende in Betracht:

- Verteilung der Flyer (Kurzwahlprogramm, Anschreiben, Broschüre sowie Distriktszeitung)
  evtl. zweifache Verteilung durch Aufteilung der Materialien
- dezentral Plakate aufhängen/aufstellen
- Hausbesuche (mit Absprache der WKL auch „eigene“, sofern zeitliche Ressourcen)
- Infostände vor Ort (bspw. Karlsbader

Str., Sebalduskirche)
Termine ausmachen in Dezember-Sitzung

Budget „Distriktszeitung“: mind. ca. 450,- EUR (nach Rücksprache unklar, ob etwas dazu kommt; aber finanzielle Hilfe durch KV im Notfall)

TOP 2: Stadtteilbeirat – Stadtrat
Die Sitzung des Stadtteilbeirats am 20.11.2019 entfällt aufgrund fehlender freier Räume sowie dem Bearbeitungsstand der Anträge. Neuer Termin: 09.01.2020
Andreas Richter berichtet über den Stadtrat mit den folgenden Themen: Haushaltsberatungen, Teilabriss Hupfla

TOP 3: Verschiedenes
Nächste Sitzung:
monatliche Sitzung des SPD-Distrikt Erlangen-Süd am 11.12.2019 um 20 Uhr Bürgertreff Berliner Platz

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich
ein zu unserer
Distriktversammlung

am Dienstag,
14.01.2020, 19.00 Uhr
Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Diskussion des Parteitagsbeschlusses zur Neuorientierung der SPD („Ein neuer Sozialstaat in einer neuen Zeit“)
3) Aktionen zum Wahlkampf in Tennenlohe und in der Stadt.
4) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Weitere Ankündigung:
Distriktversammlung im Februar am 11.02., 19.00 Uhr. JHV im März am 10.03.

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 10.12.2019 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles
- An der Wied beginnt bereits die in der Ortsbeiratssitzung vorgestellte und vom Ortsbeirat sehr begrüßte von Spielplatzbüro und Schülern/innen der Grundschule gemeinsam erarbeitete Neugestaltung des Spielplatzes.
- Wilhelm hat auch an der Demonstration zum Klimaschutz teilgenommen.
- Verteilung des Monatsspiegels und des Tennenloher Boten wird aufgrund von dauernden und temporären Personalveränderungen nachjustiert.
- Der Tennenloher Bote (Jubiläumsausgabe Nr. 100) befindet sich in Druck.
- Am Ausgang des abgesenkten Fußgängerwegs vom Spielplatz Böhmlach auf den Parkplatz des Edeka-Marktes soll ein geeigneter Hinweis auf die Gefährdung spielender Kinder angebracht werden.

Top 2: Die neue Parteiführung
Überwiegend wird die Wahl der neuen Parteiführung begrüßt. Gegenüber Saskia Eskens gibt es vereinzelt Vorbehalte. Begrüßt wird einhellig die Wahl von Kevin Kühnert als Stellvertreter. Den Parteitagsbeschluss zur Neuorientierung wollen wir im Januar diskutieren.

Top 3: Auswertung des Wirtschaftsgesprächs des Ortsbeirats
- Rolf als Ortsbeiratsvorsitzender sowie Gert und Gertrud waren Teilnehmer/in des Wirtschaftsgesprächs. Dabei wurde auch der Neubau der Wetterkreuzbrücke in Zusammenhang mit der Konzeption der StUB-Trassenführung thematisiert. Wäh-

rend Dr. Korda die Angelegenheit pessimistisch beurteilte, hatte der Ortsbeiratsvorsitzende die Bitte des OB Florian Janik an die Firmen weitergeleitet, der um Unterstützung des Anliegens Neubau von Seiten der Gewerbetreibenden bittet. Rolf soll mit dem OB Kontakt aunehmen, um die Möglichkeiten einer Unterstützung auszuloten.

- Angesprochen von den Firmenvertretern wurde die desolate Parkplatzsituation im Gewerbegebiet, was von den Stadtvertretern interessiert zur Kenntnis genommen wurde, allerdings wird dieses Thema seit Jahren immer wieder angesprochen, ohne dasss sich was ändert. Allerdings hat E-BIT ein Parkhaus für die eigenen Mitarbeiter gebaut, Fraunhofer wird eines bauen.
- Die Firmen beklagen die unzureichende Infrastruktur hinsichtlich der Ladesäulen. Die Stadtwerke müssten hier tatsächlich ausreichende Stromkapazitäten zur Verfügung stellen.
- Der Vorschlag vom E-BIT-Vertreter, ein Pilot-Projekt von selbstfahrenden Bussen einzurichten, wurde diskutiert. Dem Vorschlag wurde eine Realisierungschance gegeben in Zusammenhang mit den StUB-Haltestelle, die weit ab vom Zentrum des Gewerbegebietes liegt. Allerdings müssen sich hier die Firmen an der Finanzierung beteiligen. Lohnenswert wäre die Realisierung eines solchen Projekts durchaus.

Top 4: Rundgang mit dem OB am 23.11.
Der Zeitplan wurde eingehalten. Die anstehenden bzw. notwendigen Projekte wurden dem OB erläutert. (Seniorenwohnanlage bzw. StuniorenPark; Ausbau Abenteuerspielplatz, Sanierungs des Kinderlandes Arche). Am Festplatz schlug der OB statt eines dauerhaften Kanalanschlusses, den die Kärwaburschen und der Ortsbeirats auf dem Festplatz gefordert hatten, gleich die Errichtung einer behindertgerechten Toilettenanlage auf dem Festplatz oder in unmittelbarer Nähe vor, ein Vorschalg, der auf einhellige Zustimmung stieß.

TOP 5 Bericht Andeas Bammes
Unser Stadtratskandidat berichtet von den Reaktionen, die seine Kandidatur bisher hervorgerufen hat. Die Vorstellung im Tennenloher Boten fand ein breites Echo in Tennenlohe selbst und wurde sehr positiv bewertet. Im Bereich Sport (TV 48 etc.) ist seine Kandidatur bekannt. Wir beschließen, im Februar eine etwa vierseitige Sonderausgabe des TB zur Kommunalwahl zu erstellen (ohne Anzeigen) mit einigen lokalen Infos. Ein Interview mit Andreas soll die Titelstory werden. Der TB muss am 22.02. spätestens in Druck gehen, damit er ab 2.3. verteilt werden kann.

TOP 6 Verschiedenes.
Hinweis von Klaus auf zwei wichtige Bücher („Unbewohnbare Erde“ etc.).

Rolf Schowalter

Liebe Genossinnen und Genossen,
Der Vorstand der AG60 plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/ Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen.

Am Mittwoch, den 29. Januar 2020, 15:00 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Rechenschaftsbericht 2019
5. Seniorenpolitisches Konzept: Alter neu denken
6. Programm für 2020
- Unterstützung des Kommunalwahlkampfs
- Filmreihe im Frühjahr und Herbst
- Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern
- Besuch eines Pflegeheims

7. Verschiedenes

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

31.01.

JULE WEBER
Poetry Slam

BYEBYE
Akustik Pop

YASMO & DJ NIKA
Hip Hop / Spoken Word

LUCAS FASSNACHT
Moderation & Texte

150 JAHRE

Erlangen SPD

EINLASS AB 19.30 UHR | BEGINN 20.00 UHR

Kulturzentrum E-Werk

Kartenvorverkauf: reservix.de | erlangen ticket | SPD-Fraktion im Rathaus | SPD-Geschäftsstelle

V.i.S.d.P.: D. Rosner, Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen.